

Annoncen  
Annahme-Bureau:  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Brettschne 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedhofstr. Ende 4;  
in Grätz bei Herrn J. Strelitz;  
in Frankfurt a. M.;  
G. F. Hause & Co.

Annahme-Bureau:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen;  
Kulmbach Kloster;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel;  
Haasestein & Vogler;  
in Berlin;  
A. Heimann, Schlossplatz;  
in Breslau: Emil Habach.

# Posener Zeitung.

Siebzehnter Jahrgang.

Nr. 122.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslands an.

Donnerstag, 13. März  
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Unterseite 2 Sgr. die schrägespalte Zeile oder deren Raum, dagegen gesetzte Reklamen 8 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Ausgabe nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873

## Die Buchdruckerbewegung.

Zur Erklärung der zahlreichen Nachrichten über den Konflikt zwischen den Druckereibesitzern und ihren Gehilfen, den Sezern und Druckern, sehen wir uns veranlaßt, eine zusammenhängende Darstellung der Sachlage zu geben. Unser Urtheil über den Streit halten wir zurück und berichten die Thatsachen durchaus objektiv, da wir mit beiden streitenden Parteien in engen Beziehungen stehen, und es uns darum zu thun ist, Alles zu vermeiden, was das zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrschende Verhältnis, wie es sich leider gestaltet hat, verbittern könnte.

In Deutschland besteht seit 1866 ein Sezerverband, zu welchem eine Menge Zweigvereine gehören, so in Posen der Gultenbergverein mit etwa 48 Mitgliedern. Dieser Verbund hat sein Verwaltungszentralorgan in Leipzig und zeigt eine straffe Organisation. Während die später entstandenen Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereine, welche ähnlich den englischen Trades unions nachgebildet wurden, auf deutschem Boden zu keiner rechten Lebensfähigkeit gelangen können, umfasst der Sezerverband über 6800 Mitglieder, d. h. gegen zwei Drittel aller Sezer Deutschlands. In Posen gehören unseres Wissens fast alle deutschen Sezer dem Verband an, während die polnischen Sezer eine polnische Vereinigung bilden; in Berlin sind der „Nat. Z.“ jufolge an 1200 Verbandssezer und 600–700 unverbündete, in Breslau sollen von 200 Sezern 270 dem Verband angehören. Sein Presbogen ist der in Leipzig erscheinende „Korrespondent“, während die Nichtverbandssezer die „Mitteilungen an Deutschlands Buchdrucker“ herausgeben.

Der Verband verfügt offenbar über nicht geringe Mittel, welche aus Beiträgen seiner Mitglieder aufgebracht werden. Er besitzt in Leipzig drei Verbandsdruckereien und ebenso eine solche in Breslau. Wenn die Sezer seit 1869 bereits zwei Mal Lohnverhältnisse durchgesetzt haben, so liegt dies zwar unseres Erachtens hauptsächlich an der größeren Nachfrage nach Gehilfen, doch hat der Verband jedenfalls mitgewirkt und die verschiedenen Bewegungen geleitet.

Um der Herrschaft des Sezerverbandes ein Gegengewicht zu verschaffen, hat sich im vorigen Jahre ein deutscher Buchdruckerverein der Prinzipale gebildet, welcher mit Ausnahme von Berlin, das wegen besonderer Lokalverhältnisse bisher bei Seite gelassen worden ist, fast alle größeren Druckereien Deutschlands umfaßt. Er ist eine Organisation, wesentlich dem Bestreben entsprungen, durch gemeinsames Auftreten den Kampf mit dem Sezerverband bestehen zu können, ähnlich wie ja auch auf anderen gewerblichen Gebieten die Arbeitgeber sich zur gemeinsamen Abwehr der Forderungen ihrer Gehilfen vereinigt haben. Hauptzweck dieses in Kreis- oder Lokalverbänden gegliederten deutschen Buchdruckerbandes war Ordnung des Drucker- und Sezervertrags. Im vorigen Sommer sollte ein Tarif zwischen Abgeordneten der deutschen Sezer und einer Tarifkommission des Vereins der Besitzer vereinbart werden. Der Sezerverband beanspruchte aber, daß die Verhandlungen nur mit ihm allein zu führen seien. Hierauf wurde wiederum seitens des Buchdruckerbandes nicht eingegangen, weil der Verband nicht die ganze Sezergesellschaft umfaßte. Zu der Versammlung der am 28. und 29. September v. J. in Eisenach tagenden Tarifkommission erschien daher nur ein Sezergehilfe, so daß von gemeinschaftlicher Feststellung des Tarifes abgesehen wurde und die Tarifkommission mit der Ausarbeitung eines Tarifes ohne Beihilfung der Gehilfenschaft beauftragt und die Beschlussfassung der nächsten Generalversammlung vorbehalten werden mußte.

Während die Tarifkommission mit ihren Vorarbeiten beschäftigt war, überreichte am 22. Januar d. J. der Sezerverband einen von seinen Delegirten ausgearbeiteten Tarifentwurf den leipziger Druckereibesitzern, mit dem Verlangen, sich binnen 2 Tagen über Ablehnung oder Annahme dieses neuen Tarifs zu erklären. Dieser Tarif enthielt materiell Bestimmungen, welche den Buchdruckereibesitzern vom geschäftlichen Standpunkt aus unannehmbar erschienen, formell aber hielten sich die leipziger Buchdrucker zur Annahme des Tarifs nicht fest, weil die Tarifannahme Sache des ganzen Vereins ist. In Folge dieser Ablehnung ließ der Sezerverband in vielen leipziger Offizinen einen theilweise Strikte seiner Mitglieder eintreten, zum Theil unter Nichtberücksichtigung der 14-tägigen Kündigungsfrist. Der Strikte war aus Gründen der Zweckmäßigkeit vom Sezerverband nur theilweise angeordnet worden; die leipziger Druckereibesitzer aber, um den hierdurch verfolgten Zweck der Sezer zu vereiteln, kündigten nunmehr den Statuten ihres Vereins gemäß sämtlichen Verbandssezern in ihren Offizinen. Trotz aufgewandter Bemühungen der leipziger Drucker, den Strikte zu beenden, wurde dieselbe aufrecht gehalten, und deshalb riefen die Buchdrucker von Leipzig statuenmäßig die Entscheidung der Vertrauensmänner des deutschen Buchdruckerbandes an. Diese Vertrauensmänner erklärten das Vorgehen der Buchdrucker in Leipzig für gerechtsame und richteten an alle Buchdruckereibesitzer die Aufforderung, am Sonnabend den 8. März allen in den sämtlichen deutschen Vereinsdruckereien stehenden Gehilfen, welche dem Verbande, als dem alleinigen Urheber des in Leipzig ausgebrochenen Strikes, angehören, selbstverständlich unter genauer Innehaltung der seitens der Prinzipale eingegangenen Kündigungsfristen, zu kündigen.

Dieser Anordnung sind die Druckereibesitzer mit vereinzelten Ausnahmen nachgekommen und in Folge dessen haben die in Breslau alsbald an 270 Gehilfen die Arbeit eingestellt. Wenn der leipziger Strike am 22. d. M. noch fortduert, werden auch in den anderen Städten, wo die Vereins-Druckereibesitzer gekündigt haben, diejenigen Gehilfen, welche nicht aus dem Verbande treten, die Arbeit niederlegen.

Übrigens haben sich die Nichtverbandssezer dem Strike nicht angeschlossen, in ihrem Organ nehmen sie sogar Partei für die Prinzipale. Unterdessen war der Vorstand des Prinzipalvereins bemüht, die Tarifreform zu beschleunigen. Am 5. und 6. März hat eine Kommission des Vereins einen neuen für die Gehilfen ungünstigeren Tarif entworfen und zur Genehmigung derselben auf den 24. März eine außerordentliche Generalversammlung (die ordentliche findet erst am 10. Mai statt) nach Weimar einberufen. Der projektierte Tarif geschieht den Sezern u. A. auch die begehrte Alphabet-Berechnung zu und bestimmt den Preis von 3 Silbergroschen pro 1000 Buchstaben als Normalsatz, zu welchem ein Lokalaufschlag gestattet ist. Im Allgemeinen galt bisher für Berechnung des Sezernlohn die n-Rechnung. Bei der Berechnung des Salzes unter Zugrundelegung des n wird eine Zeile mit lauter n gezeigt, demnächst die Anzahl der Zeilen gezählt und mit der Zahl der n jede Zeile multipliziert und das Resultat nach dem Tarif bezahlt; bei der Alphabet-Berechnung wird an Stelle des n das Alphabet von a-z so oft in die Zeile gezeigt, bis dieselbe gefüllt ist, und hierauf die Anzahl der Buchstaben ermittelt. Die Alphabetberechnung, welche in Berlin bereits besteht, ist für die Sezer günstiger. Wenn die „Nat. Z.“, der wir in dieser Darstellung teilweise gefolgt sind, hieran die Hoffnung knüpft, daß durch diesen Tarif die Arbeitseinstellung zur Zufriedenheit beider Theile befreit werden dürfte, so wird dieselbe durch die neueste Ausschaffung des „Korrespondenten“ sehr herabgestimmt. Es begrüßt die Nachricht von der bevorstehenden Generalversammlung mit den Worten: Man scheint dem ersten Gewaltakte, der allgemeinen Kündigung, einen zweiten hinzufügen zu wollen, die Einführung des einseitig aufgestellten Tarifs per Maßspruch!

Einen eigenhümlichen Anstrich hat der Konflikt im Buchdrucker-Gewerbe zu München dadurch erhalten, daß dort die ultramontane Propaganda sich der Sache zu bemächtigen sucht. Herr Sigl, der Redakteur des hinsichtlich bekannten „Bairischen Vaterland“, hat sich zum Anwalt der gemahrgelten Sezer und Drucker aufgeworfen, und das „Vaterland“ selbst plaudert in der nur diesem Blatte eigenthümlichen urwüchsigen Sprache für die „persönliche Freiheit“ der Arbeiter. Wir halten es nicht für möglich, daß es Herrn Dr. Sigl gelingen werde, die Arbeiter des Buchdruckergewerbes in einer so plump angelegten Halle für die Zwecke des Ultramontanismus einzufangen; je aufrichtiger wir aber eine dauernde Verständigung der Prinzipale und Gehilfen herbeiwünschen, um so nothwendiger erscheint es uns, auf die Invasion von Elementen aufmerksam zu machen, welche den Charakter des Konflikts zu fälschen drohen.

Die Berliner Buchdruckereibesitzer haben eine Generalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende, Dr. Dr. Thiele, mache zunächst einige Mittheilungen über die in den letzten Tagen in Leipzig versammelt gewesene Tarif-Kommission. Nach längerer Debatte fasste die Versammlung in Bezug auf die weitere Organisation folgende Beschlüsse: 1) Es wird ein Kreisverein Berlin-Brandenburg im Anschluß an den allgemeinen deutschen Buchdrucker-Verein konstituiert. 2) Eine Kommission wird beauftragt, schleunigst ein Kreisstatut auszuarbeiten, dasselbe sämtlichen Buchdruckereibesitzern mitzutheilen und zur Verathung resp. Annahme desselben eine Berlin-Brandenburger Generalversammlung nach Berlin zu berufen. 3) Zum nächsten Sonntag eine neue Versammlung unter Hinzuziehung der Buchdruckereibesitzer der Provinz Brandenburg anzuberaumen. — Die Versammlung beschloß ferner, den sämtlichen Berliner Buchdruckereibesitzern, mit einer vollständigen Auseinandersetzung der ganzen Angelegenheit, von den gefassten Beschlüssen, zugleich mit der Aufforderung zum Beitritt, Kenntnis zu geben.

## Bischöfliche Huldigung und Treue.

Der bereits im telegraphischen Auszuge mitgetheilte Artikel der ministeriellen „Provinzialkorrespondenz“ bezüglich des posener Erzbischofs lautet ausführlich wie folgt:

Es war am 14. April 1866 als im Palast unseres Königs der Erzbischof von Posen und Gnesen Graf Ledochowski und der Erzbischof von Köln Dr. Melchers vor Sr. Majestät dem Könige den Huldigungseid leisteten. Derselbe lautete:

„Ich, Graf Mieczyslaus Ledochowski, erwähler und bestätigter Erzbischof von Gnesen-Posen u. s. w. schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden und auf das heilige Evangelium, daß, nachdem ich auf den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen erhoben worden bin, ich Sr. Königlichen Majestät von Preußen Wilhelm und Allerhöchstes rechtmäßigem Nachfolger in der Regierung, als mein Allergnädigstes König und Landesherrn, unterhänig, treu, gehorsam und ergeben sei, Allerhöchstero Besetze nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachteil aber verhüten und besonders dabin streben will, daß in den Gemüthern der meiner erzbischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gefünnungen der Ehrfurcht und der Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterland, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden; und daß ich nicht dulden will, daß von der mir untergebenen Geistlichkeit in entgegengesetztem Sinne gelebt oder gehandelt werde.“

Insbesondere gelobe ich daß ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder außerhalb des Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnte, und will ich, wenn ich erfahren sollte, daß in meiner Diözese oder anderwo, Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheile des Staates gereichen könnten, hieron Sr. Königlichen Majestät Anzeige machen. Ich verspreche dieses Alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiß bin, daß ich mich durch den Eid, welchen ich Sr. päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu nichts verpflichtet, was dem Eide der Treue und Unterhänigkeit gegen Sr. Königliche Majestät entgegen sein kann.“

Alles dieses schwöre ich, so war mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen.“

Nach der Eidesleistung gab der Erzbischof von Köln Namens

beider Erzbischöfe den Gefühlen des Dankes gegen Sr. Majestät den König Ausdruck, indem er folgende Worte an Allerhöchsteselben richtete:

„Ew. Königlichen Majestät sprechen wir unterthänigsten Dank aus für die Allerhöchste Gegenwart, womit Sie den heiligen Alt unserer Eidesleistung zu beehren geruht haben. Wir erkennen darin einen neuen Beweis der großen Hochachtung und Wohlgeogenheit Ew. Majestät gegen die heilige Kirche, deren Diener zu sein wir die Ehre haben.“

„Wir sind durch diese Eidesleistung heute eingetreten in den Unterknabenverband des Königreiches und haben diesen Schritt gelhan mit dem ersten Willen und Vorsatz, in treuer Erfüllung der Unterknabenpflichten allen unserer Ohnige anvertrauten Gläubigen mit einem guten Vorbilde voranzuleuchten und zugleich unseren amtlichen Einfluß immer dahin zu verwenden, daß dieselben als gute Christen nicht nur in Glauben und Gehorsam Gott treu dienen, sondern auch als gute Unterknaben von den Gefünnungen der Ehrfurcht, Treue und Liebe gegen ihren König immer mehr durchdrungen werden und schuldigen Gehorsam den Gefünnungen erweisen.“

„Überzeugt, daß die Verhältnisse von Staat und Kirche nur dann sezensreich und gedeihlich sich entwickeln, wenn die beiderseitigen Organe in Frieden und Eintracht nach dem gemeinschaftlichen Zielen zusammenwirken, werden wir stets — wir geloben es gern — uns angelegen sein lassen, soweit es in unseren Kräften steht, diesen Frieden und die Eintracht aufrecht zu erhalten.“

„Ew. Königliche Majestät bitten wir um den Allerhöchsten Schutz in der Ausübung unseres wahrlich nicht leichten Amtes und verbinden damit gern die Versicherung, daß es uns stets eine heilige und angehme Pflicht sein wird, durch heilige Gebete den Schutz des Allerhöchsten Vaterlandes und die reichsten Segnungen des Himmels auf das theure Haupt Ew. Majestät und auf das Allerhöchstes Königliche Szepter unterworfene Vaterland herabzuließen.“

Das sind die feierlichen Gelübde, welche Graf Ledochowski und Dr. Melchers bei ihrer Berufung auf preußische Bischofsätze vor Sr. Majestät abgelegt haben. Auf welche Weise Graf Ledochowski aber die beschworene pflichtschuldige Treue heute aufzuftaucht und zu erfüllen gesonnen ist, davon giebt ein Vorgang der letzten Wochen Zeugnis.

Die Regierung des Königs hatte sich vor Kurzem veranlaßt gesellen, eine Ministerial-Verfügung vom Jahre 1842, nach welcher der Religionsunterricht an den Gymnasien der Provinz Posen allen polnischen Schülern in polnischer Sprache ertheilt werden sollte, dahin abzuändern, daß der Religionsunterricht fortan hinsichtlich der Unterrichtssprache nicht anders behandelt werden soll als die übrigen Lehrgegenstände, daß also da, wo der übrige Klassenunterricht in deutscher Sprache ertheilt wird, dies auch beim Religionsunterricht geschehe, wogegen da, wo die polnische Sprache ausschließlich Unterrichtssprache sei, auch der Religionsunterricht nach wie vor in polnischer Sprache ertheilt werden soll. — Zu vielen auf Grund einer Allerhöchsten Ordre erlassenen Anordnungen war dringender Anlaß vorhanden. Seitens der Deutschen in der Provinz waren namentlich lebhafte Beschwerden darüber erhoben worden, daß durch die katholischen Religionslehrer an den höheren Lehranstalten der Religionsunterricht der der deutschen Schüler auf das Aergste und Entschiedenste vernachlässigt werde, daß z. B. an einer Anstalt, wo ein Lehrer einige fünfzig Schüler habe, von denen der größte Theil deutscher Zunge sei und das Polnische gar nicht oder nur sehr wenig verstehe, während die geringe Zahl polnischer Schüler sämtlich das Deutsche verstehet, dennoch der Religionsunterricht sich nur auf den Unterricht in polnischer Sprache beschränke. — Bei den Erörterungen, welche früher in Betreff der Einführung des Deutschen als hauptfächlicher Unterrichtssprache stattgefunden hatten, war von der Mebrahl der Direktoren und Lehrer der Provinz die Überzeugung ausgesprochen worden, daß auch die Kinder polnischer Zunge schon in den unteren Klassen des Deutschen vollkommen mächtig seien, auch der Religionsunterricht nach wie vor in polnischer Sprache ertheilt werden soll. — Zu vielen auf Grund einer Allerhöchsten Ordre erlassenen Anordnungen war dringender Anlaß vorhanden. Seitens der Deutschen in der Provinz waren namentlich lebhafte Beschwerden darüber erhoben worden, daß durch die katholischen Religionslehrer an den höheren Lehranstalten der Religionsunterricht der der deutschen Schüler auf das Aergste und Entschiedenste vernachlässigt werde, daß z. B. an einer Anstalt, wo ein Lehrer einige fünfzig Schüler habe, von denen der größte Theil deutscher Zunge sei und das Polnische gar nicht oder nur sehr wenig verstehe, während die geringe Zahl polnischer Schüler sämtlich das Deutsche verstehet, dennoch der Religionsunterricht sich nur auf den Unterricht in polnischer Sprache beschränke.

Bei den Erörterungen, welche früher in Betreff der Einführung des Deutschen als hauptfächlicher Unterrichtssprache stattgefunden hatten, war von der Mebrahl der Direktoren und Lehrer der Provinz die Überzeugung ausgesprochen worden, daß auch die Kinder polnischer Zunge schon in den unteren Klassen des Deutschen vollkommen mächtig seien, auch der Religionsunterricht nach wie vor in polnischer Sprache ertheilt werden soll. — Als es sich vor zwei Jahren um die Gründung eines Gymnasiums zu Wongrowitz und um die Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache an demselben handelte, berichtete der frühere Oberpräsident an den Minister, daß auch der Erzbischof Graf Ledochowski, nachdem er zunächst durch eine Beschwerde bei Sr. Majestät die Zurücknahme obiger Maßregel zu erwirken versucht hatte, sodann seinerseits die Religionslehrer an sämtlichen höheren Lehranstalten auf Grund der ihnen ertheilten kanonischen Mission im Gegenfalle gegen die Verfügung der Staatsbehörden dahin angewiesen und nadrücklich verpflichtet hat, den Religionsunterricht bis zur Sekunda hinauf nicht anders als bisher zu erheißen.

Um so mehr magte es überraschen, daß der Erzbischof Graf Ledochowski, nachdem er zunächst durch eine Beschwerde bei Sr. Majestät die Zurücknahme obiger Maßregel zu erwirken versucht hatte, sodann seinerseits die Religionslehrer an sämtlichen höheren Lehranstalten auf Grund der ihnen ertheilten kanonischen Mission im Gegenfalle gegen die Verfügung der Staatsbehörden dahin angewiesen und nadrücklich verpflichtet hat, den Religionsunterricht bis zur Sekunda hinauf nicht anders als bisher zu erheißen.

Der Erzbischof beruft sich zur Begründung seines Vorgehens darauf, daß die näheren Bestimmungen über die Art und Weise, wie die katholische Glaubenslehre der katholischen Jugend ertheilt werden solle, nicht der weltlichen, sondern der geistlichen Obrigkeit gehörte.

Es liegt jedoch auf der Hand, daß dies nur für die Fragen des kirchlichen Glaubens selbst gilt, daß dagegen die Frage, in welcher Sprache der Unterricht in einer gemischten Bevölkerung zu ertheilen ist, nicht Sache der kirchlichen, sondern der bürgerlichen Autorität ist. Die kanonische Mission hat hiermit nicht das Mindeste zu ihm, und die Religionslehrer, welche zunächst als Staatsbeamte an die höheren Lehranstalten berufen sind, haben in allen Angelegenheiten, welche nicht in das Gebiet der katholischen Lehre und kirchlichen Sitte gehören, den staatlichen Anordnungen ebenso Folge zu leisten, wie alle übrigen Lehrer.

Das Auftreten des Erzbischofs ist daher eine entschiedene Aufführung gegen die Regierung Sr. Majestät des Königs, welchem „unterhängig, treu, gehorsam und ergeben zu sein“ ist, Graf Ledochowski vor dem Eintritt in sein Amt feierlich gelebt hat; — es ist eine Aufführung königlicher Unterknaben und Beamten zum Ungehorsam, obwohl der Erzbischof geschworen hat, in den Gemüthern der Geistlichen und Gemeinden die Gefünnungen der Ehrfurcht, der Treue und des Gehorsams gegen die Obrigkeit zu nähren und zu pflegen.

Der jetzige Vorgang gibt einen neuen schlagenden Beweis, wie nothwendig, ja unerlässlich die Gesetze sind, welche behufs wirkamer Abwehr geistlicher Übergriffe eben vereinbart werden sollen.

Es bedarf kaum der Ver sicherung, daß die Staatsregierung ihre Anordnungen in Betreff der Unterrichtssprache in der Provinz Posen unbedingt aufrecht erhalten wird; die Religionslehrer werden nicht im Zweifel darüber sein können, daß sie den königlichen Behörden den schuldigen Gehorsam nur unter Gefährdung ihrer Amtsstellung ver sagen könnten.

Aber abgesehen von der Durchführung der zunächst in Rede stehenden Maßregel wird die Regierung dafür Sorge tragen, daß die Erfüllung der gelobten Unterthanenpflicht nicht von der willkürlichen Deutung der Bischöfe abhängig sei.

## Deutschland.

△ Berlin, 11. März.\*). Die vereinigten Ausschüsse für das Land heer und die Festungen und für das Rechnungswesen haben über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Umgestaltung der deutschen Festungen, ausschließlich derjenigen in Elsaß-Lothringen, Be richt erstattet. Für die Aufbringung der benötigten Summen wird die Entnahme aus den von Frankreich zu zahlenden Kriegsentschädigungs geldern als der einfachste, nächstliegende und sicherste Modus erklärt. Auf Antrag des bairischen Bevollmächtigten haben die Ausschüsse die geforderte Gesamtsumme von 68 auf 72 Millionen Thaler erhöht, und zwar zu dem Zwecke, die mehrgeforderten 4 Millionen Thaler zur Ergänzung und Vervollständigung der Befestigungen von Ingolstadt zu verwenden. Dem entsprechend sind auch die Jahresquoten erhöht worden, so daß nach dem Vorschlage der Ausschüsse für die Jahre 1873 und 1874 statt 18 Mill. 19 Mill. und für die folgenden 10 Jahre statt je 5 Mill. je 5 Mill. und dreihunderttausend Thaler zur Verwendung kommen sollen. — In Bezug auf die Frage wegen der Beseitigung der Zeitungsstempelsteuer ist auch das Gericht verbreitet worden, daß die Regierung den früher gehegten Plan einer Erzeugung jener Steuer durch eine Inseratensteuer wieder in Erwägung genommen habe. Von einem solchen Plane ist in den maßgebenden Kreisen neuerdings nicht die Rede gewesen. — Zwischen Baden, Württemberg und Preußen, letzterem bezüglich der Hohenzollernschen Lände, ist über die Schulpflichtigkeit der in einem dieser Länder sich aufhaltenden Kinder des ersten Staates eine Vereinbarung getroffen, wonach die in dem einen Staate sich aufhaltenden schulpflichtigen Kinder von Angehörigen des anderen Staats gleich den Kindern von Untertanen des anderen Staats als schulpflichtig je nach den Vorschriften für den betreffenden Konfessionsteil zu behandeln sind, so jedoch, daß solche beiderseitige Staatsangehörige, welche sich über die vollständige Erfüllung der Schulpflicht in ihrem Heimathlande durch ein Zeugnis der Schulbehörde ihres Heimathortes auszuweisen vermögen, im Nachbarlande zu fernerem Schulbesuch auch dann nicht mehr angehalten werden sollen, wenn sie nach den in diesem über die Dauer der Schulpflichtigkeit geltenden Bestimmungen noch schulpflichtig sind. Es ist nun in Anregung gebracht, dieses Uebereinkommen zunächst auf ganz Preußen, sodann aber auch auf allen Staaten des deutschen Reiches auszudehnen und zwar, da das Unterrichtswesen nicht zur Kompetenz der Reichsgesetzgebung gehört im Wege der Uebereinkunft. Die Minister des Innern und des Kultus haben nun eine gemeinsame Verfügung an die Provinzial-Regierungen erlassen, in welcher diese aufgefordert werden, sich über das Bedürfnis und die Bedingungen einer solchen Uebereinkunft gutachtlich zu äußern.

△ Berlin, 12. März. Der Reichstag ist durch Se. Majestät heute eröffnet worden. Die Thronrede geht sehr ausführlich auf die Aufgaben ein, welche ihm in dieser Session obliegen werden. Von hervorragend politischer Bedeutung sind die Schlussstellen, welche mit großer Zuversicht die Stellung betonen, die Deutschland verfügt seiner günstigen Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten einnimmt. Diese Zuversicht stützt sich vorzugsweise auf die freundliche Beziehung, welche durch die Zusammenkunft der mächtigsten Herrscher Europas hier im verschloßenen Herbst ihre Bestätigung und Kräftigung erfahren haben. Die Thronrede gibt jerner Andeutungen, daß die Unterhandlungen, welche mit Frankreich wegen früherer Zahlung der Kriegskosten-Entschädigung in Aussicht, einen günstigen Verlauf versprechen. Abgesehen davon spricht sich die Rode in wohlwollender Weise über die Entwicklung der inneren Zustände Frankreichs im Sinne der Beruhigung und der wirtschaftlichen Fortschritte aus. Man darf annehmen, daß diesen Kundgebungen von Seiten Frankreichs diejenige Bedeutung beigelegt werden wird, welche ihnen zukommt. — Die gestrigen Verhandlungen im Herrenhause haben zu einem Votum geführt, durch welches das Schicksal der kirchenpolitischen Gesetze im Sinne der Regierung entschieden ist. Die Verfassungsänderungen

\*) Verspätet eingetroffen.

## Erinnerungen an Paul Konewka.

Wenn ichland am Grabe Wilhelm Hauff's „das junge, frische, farbenhelle Leben, den reichen Frühling, den kein Herbst gegeben, den abgeriss'nen Zweig, den blüthenvollen“ mit sehnichtsvollem Schmerze feiert, so ist damit auch das ungesprochen, was Tausende in unsrer Tagen beim Tode Paul Konewka's gedacht und empfunden haben.

Schon beginnt der zweite Lenz die frühe Gruft des Künstlers mit jungem Grün zu schmücken und es scheint mir endlich Zeit zu sein, daß ich eine Schuld dankbarer Erinnerung abtrage. Die Herausgabe der Verlassenschaft Konewka's gibt mir eine willkommene Gelegenheit dazu.

Wie ich diese ausdrucksvoollen-schwarzen Schattengestalten betrachte, tritt das Bild eines kaum sechsjährigen lockigen Knaben vor meine Seele. Da steht er, die Scheere in der Rechten, ein Blatt schwarzes Papier in der Linken, da kommandirt er: „Mehr nach rechts! So, jetzt ist's gut. Stillgestanden!“ Die Scheere geht hin und her und wie kaum eine Minute vergangen ist, hält der kleine Künstler das sprechend ähnliche Profilbild der abkonterfeiten Person triumphirend in die Höhe.

Vor mir liegen zwei werthvolle Reliquien, aber nicht dieser Periode gehören sie an. Die eine ist eine Bleistederzeichnung aus dem Jahre 1851. Der fünfzehnjährige Knabe hat den Thorwaldsen'schen Leierspieler wunderbar rein und klar gezeichnet; vor Allem erscheint das sinnig begeisterte Antlitz in seiner ganzen edlen Schönheit wieder gegeben.

Aber die Striche sind hart, die Linienführung ist steif, der Marbor erscheint in Holz verwandelt. Die Zeichnung verrieth einen scharfen Blick, eine sichere Hand, aber sie zeigt auch, daß die Begabung des jungen Künstlers keine malerische im engeren Sinne war. Das zweite Bild, die Kopie eines Bildes zu „Uli, der Knecht“ aus dem Jahre 1855 kann dieses Urtheil lediglich bestätigen. Die Contouren sind mit hartem Blei zum Theil förmlich eingeschnitten.

Diese Bilder erinnern mich an den Paul Konewka, der im Jahre 1856, dem Jahre des vierten Säkularjubiläums der Universität Greifswald, ein gern gesuchter „Konkneipant“ unserer Burschenschaft war. Der heitere und bescheidene Jüngling nahm lebhaft Theil an der

sind mit einer überwiegenden Majorität, unter Zurückweisung aller Amendirungen, beschlossen worden. Mit vollem Rechte hatte der Ministerpräsident sich gegen jedes Amendement erklärt, deren Annahme einem Nichtzustandekommen des Gesetzes in dieser Session gleichkommen werde. Die Bedeutung dieses Beschlusses des Herrenhauses liegt nicht bloss darin, daß die Staats-Regierung in Bezug auf die Gesetzesgebung einen wichtigen Sieg davon getragen hat, auch die Haltung des Hauses hat sich anders gezeigt, als man erwartet, theilweise befürchtet hatte. Von nicht unwesentlichem Einfluß dürften die eindringlichen Mahnungen des Ministerpräsidenten gewesen sein, sowie die übereinstimmenden Aeußerungen der drei betreffenden Minister, daß es sich, weit entfernt von einem Eingreifen auf eigentliches religiöses Gebiet, von einer Befehlung der Kirche — lediglich um eine Abwehr von Bestrebungen handle, welche die Religion nur zum Deckmantel gebrauchen. Das war der rothe Faden, welcher sich durch die Reden der drei Minister zog, die in dieser Angelegenheit das Wort genommen haben. — Unmittelbar nach der Eröffnung des Reichstages hat Sr. I. l. Hoheit der Kronprinz sich das Staatsministerium vorstellen lassen und die Mitglieder desselben in herzlicher Weise begrüßt. — Die Ernennung des Grafen Eulenburg zum Oberpräsidenten von Hannover ist erfolgt; derselbe war bekanntlich zuletzt Bezirks-Präsident in Mecklenburg und wird in nächster Woche hier eintreffen. Die Nachricht, daß der Regierungspräsident v. Puttkammer zu seinem Nachfolger in Mecklenburg aussehen sei, dürfte sich nicht bestätigen. Man nennt als solchen vorzugsweise den bisherigen Landrat des Kreises Templin, Grafen von Arnim-Boitzenburg.

△ Berlin, 11. März.\*). Die Arbeiten der Eisenbahnhunter suchungskommission nehmen eine Richtung, als ob es ihre Hauptaufgabe sei die Person des Handelsministers vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Gerade nach dieser Richtung aber bietet eine wesentlich aus Ministerialdirektoren und Räthen zusammengesetzte Kommission die allerunsichersten Bürgschaften. Graf Ihenplitz fühlt sich bereits wieder so sehr obenauf, daß er jetzt allen Ernstes beabsichtigt, da Paskers Person unfähbar ist, wenigstens die böse Presse für die ihm zu Theil gewordene Kritik zu strafen. Die betreffenden Anträge sollen bereits an die Staatsanwaltschaft abgegeben sein. Und Herr Wagener? Nun der befindet sich dermaßen im Vollbesitz von Amt und Würde, daß er selbst in Vertretung des Ministerpräsidenten „Beschreibungen unterzeichnet“, darunter auch solche Verfugungen, welche an das Handelsministerium und die Eisenbahnhauptleitung abgehen. Welche bitteren Betrachtungen darüber gerade in Beamtenkreisen angestellt werden, kann man sich bei dem in unserem Beamtenstand herrschenden Geist und Charakter leicht vorstellen. Die inzwischen von Wagener selbst beantragte Einleitung der Disziplinaruntersuchung wird in diesen Verhältnissen nichts ändern, da Herr von Noor nicht daran denkt Wagener während der Untersuchung auch nur zu beurlauben, geschweige dem vom Amt zu suspendieren. Die unmittelbar vom Reptiliensfonds unterhaltene Presse, wie „Post“, „Berliner Revue“ u. s. w. fährt inzwischen fort Laster anzugreifen. — Dem Reichstage wird unter Abschaffung von der Pauschquantumforderung ein vollständiger Spezialat der Militärverwaltung vorgelegt werden, nachdem der selbe vorher das Militär-Organisationsgesetz und damit für ewige Zeiten einen Präsenzstand von 40,000 Mann geschicklich fixirt hat. Dahin geht wenigstens die Absicht der Regierung. Kann am Präsenzstand nichts mehr geändert werden, so ist freilich die Budgetberatung im Uebrigen, mag sie noch so sehr in das Detail eindringen, eine harmlose Unterhaltung. Denn verhungern lassen kann man doch eine gesetzlich fixirte Mannschaft nicht. Uebrigens verspricht gerade das Ungemessene, Niedergewesene in militärischen Forderungen die Opposition im Reichstage zu stärken. — Die Budgetkommission erledigte heute ungültig das Servicegesetz. Die Staatsregierung hat dem Beschuß der Kommission nachgebend den Servis für pensionsfähig erklärt, dagegen alle übrigen Beschlüsse der Kommission zurückgewiesen. Die Mehrheit der — wesentlich aus Beamten bestehenden Kommission hat sich um das Zustandekommen des Gesetzes zu sichern, dem gefügt. So ist es denn gekommen, daß zwar die Gymnastallehrer wieder in das Gesetz hereingelommen, dagegen die Diätarien — das eigentliche Proletariat des Beamtenstandes her-

\*) Verspätet eingetroffen.

ausgekommen sind. Auch eine Resolution des Abg. Richter (Hagen), wonach den Diätarien eine dem Servis der etatsmäßigen Beamten entsprechende Erhöhung der Remuneration zu Theil werden sollte, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Regierung macht nun die Befrage, daß von 1871 ab den Diätarien wieder eine Erhöhung zu Theil werden soll. Für 1873 dagegen müsse es bei der im Etat bereits vorgesehenen, den vorjährigen Gehaltsaufsättigungen der etatsmäßigen Beamten entsprechenden Erhöhung der Remuneration sein Bewenden behalten. Ein Antrag Richter's, den Beamten, welche bereits Lokalschäfke beziehen, diese auf den Servis in Anrechnung zu bringen, fiel mit 8 gegen 8 Stimmen. — Die bei den letzten Wahlen gewählten Abgeordneten Schrader (Frankfurt) und Seidel (Goldap) werden sich der Fortschrittspartei anschließen. — Die Mehrheit von 37 Stimmen, welche beim Schluß dieser Zeilen im Herrenhause zu Gunsten der vom Abgeordnetenhaus vorgeschlagenen Verfassungsänderungen konstatiert wurde, übertrifft alle Erwartungen. Die „Einheitspartei“ hatten nur eine Mehrheit von sechs Stimmen herausgereicht. Es scheint, daß sich eine nicht unerhebliche Anzahl von Herrenhausmitgliedern vor dem Quos ego der Minister still verzogen hat. Man glaubt, daß jetzt auch im Abgeordnetenhaus der Widerstand der Minorität an Zähligkeit verlieren wird. Vorläufig aber wird aus der Zentrumspartei Mann für Mann, wer nur den Flanberg schwingen kann, in den Kampf geschickt. Das einerseits auf Enthaltung von Schlusshärrungen, andererseits auf Enthaltung von Anträgen auf namentliche Abstimmung gestern geschlossene Kompromiß ist sogar heute tatsächlich wieder aufgegeben worden.

△ Berlin, 12. März. Große Hoffnungen sind auf die legislativen Ergebnisse dieser Reichstagsession von Anfang an nicht gesetzt worden. Die heutige Thronrede schlägt aber auch die beschwerlichsten Erwartungen nieder. Nichts wie Militärgesetze und Geldforderungen für Militärzwecke sind darin angekündigt. Von Justizgesetzen, einem Preßgesetz, einem Versicherungsgesetz, einem Apotheken-gesetz steht keine Sylbe darin. Von Steuererlassen ist trotz eingestraffter Überschüsse kein Wort zu hören. Die volkswirtschaftliche Gesetzgebung beschränkt sich auf den neuen Packettarif und das Münzgesetz. Es scheint, als ob auch im Reiche der alte Noon die Hauptperson geworden ist und das Reichskanzleramt nur noch die Rolle eines Militär-Geldanweisungs-Büros spielt. Kein Wunder, daß die neulich im Abgeordnetenhaus ausgesprochene Prophezeiung sich buchstäblich erfüllte; der Reichstag erwies sich beim Namensaufruf als unbeschlußfähig. Und heute hätte der Reichstag noch am ehesten beschlußfähig sein können. Haben doch 116 Mitglieder theils ihren ständigen Wohnsitz in Berlin, theils sind sie gegenwärtig schon des Landtags wegen in Berlin. Wenn gleichwohl heute beim Namensaufruf nur 184 antworteten, so beweist dies, daß von den übrigen 266 Mitgliedern nur 68, also kaum ein Viertel in der Lage begriffen ist, zu der vom Kaiser in Person vollzogenen Eröffnung nach Berlin zu kommen. Die Fortschrittspartei hat denn auch heute sofort beschlossen, morgen ihren alten Antrag wegen Gewährung von Diäten und Reisekosten wieder einzubringen. In derselben Fraktionsitzung wurde auch beschlossen, den vom Journalistentag ausgearbeiteten Preßgesetzentwurf bereits morgen an den Reichstag zu bringen. Man wird also diesmal nicht wiederum, wie beim Zeitungstempel, im Abgeordnetenhaus den Clericalen den Bortritt lassen. Nach der heute dem Reichstage übergebenen Nachstellung hat Frankreich bis jetzt 3½ Milliarden und einschließlich der Bisen und besonderer kleinerer Kriegs-Kontributionen, 1.075.972.573 Thaler an Deutschland bezahlt. Nach Abzug des Kaufpreises für die Elsaß-Lothringischen Bahnen bleiben 989 Millionen Thaler übrig. Hieron hat das Reich bereits durch Gesetz (für Kriegsschäden, Dotationsen, Kriegsfabrik, Betriebsfonds, Festungen im Elsaß, Eisenbahnbetriebsmittel) für seine Zwecke 280 Millionen angewiesen. Nach Abzug dieser Summe und 4½ Millionen für besondere Zwecke Norddeutschlands sind 698 Millionen Thaler verfügbar geblieben. Obwohl nach dem vorjährigen Gesetz diese ganze Summe an die Einzelstaaten hätte verteilt werden müssen, sind bislang doch nur etwa 500 Mill. Thaler verteilt. Der Bericht des Reichskanzlers besagt nicht, ob die hierunter in Norddeutschland entfallenden 400 Millionen haben vollständig zur Deckung norddeutscher Kriegskosten verwendet werden müssen, oder ob ein Theil hiervon für Norddeutschland zur Verteilung an die Einzelstaaten noch verfügbar ist. Von den 198 in der Reichskasse zurück-

„Fidelität“ und wußte sie durch manches lustige Lied, durch manchen Schwank noch zu steigern.

Bald darauf wurde Konewka unserem Kreis entrückt, sein Vater sandte ihn nach Berlin auf die Akademie der Künste. Auch dieser Mann „Vater zu sein wohl werth eines berühmteren Sohnes“ verdient hier ein Wort des Andenkens.

Konewka, der Vater, war von polnischer Herkunft, aber Protestant seit vielen Jahren, in Greifswald einheimisch und mit einer Deutschen verheirathet. Er verdankte alles sich selbst. Während eines zwölfjährigen Militärdienstes hatte er sich nicht nur mit der deutschen, französischen und englischen Literatur gründlich bekannt gemacht, sondern auch sonst eine vielseitige Bildung erworben. Er beschäftigte sich ziemlich viel mit der Malerei, ohne es jedoch hier über anständige Dilettantenleistungen hinauszubringen. Das Talent, welches sein jüngerer Sohn für bildende Künste besaß, pflegte er, eben so wie das musikalische seines älteren Sohnes, in jeder Weise: er hoffte in ihm vereinst einen tüchtigen Bildhauer zu sehen, aber das Schicksal gönnte ihm die Erfüllung seines liebsten Wunsches nicht. Er starb, als Paul, der mit grossem Eifer studirte, viel nach Modellen malte und sich auch in der Plastik versuchte, noch ziemlich weit vom Abschluße seines Studiums entfernt war. Dieser Schlag traf den jungen Künstler schwer, aber er heugte ihn nicht. Er hätte, wenn er Opfer hätte annehmen wollen, seine Studien vollen können, aber er stellte sich mit männlichem Muthe auf eigene Füße. Sein Zeichenstift mußte ihn ernähren und er that es, indem zahlreiche Illustrationen für Zeitschriften wie für Dichterwerke aus der fleißigen Künstlerhand hervorgingen. Da kam ihm in glücklicher Stunde der Gedanke, sein eigenes Talent, das Talent für die Silhouette, auszubilden und künstlerisch zu verwerten. Es gelang ihm, er wurde ein „Schwarzkünstler“, wie die Welt noch keinen gesehen hat. Die Scheere legte er bald fort; er zeichnete mit unfehlbar sicherer Hand die Umrissse seiner Gestalten auf präparierte Holzstücke und füllte sie mit Schwarze aus, so daß dem Holzschnieder nichts als das Umschneiden überlassen blieb.

Wenn man die Fülle der Gestalten betrachtet, welche Paul Konewka in wenigen Jahren geschaffen hat, so könnte man auf die Vermuthung kommen, er habe mit raschem Fleize gearbeitet. Dem war

aber nicht so; ihm war „Leben des Lebens höchster Zweck“ und, wie es nach W. von Humboldts schönem Aussprache Griechenart ist:

„Tief die Brust in alles Leben tauchen“

Und es bildend wieder von sich hauchen“

so war Konewka ein Griech im edelsten Sinne des Wortes. Niemals ist die lange Wahl zwischen Sinnenglück und Seelenfrieden an diese frische und über alles Gemeine hoch emporgehobene Natur herangetreten. Mit olympisch heiterer Stirn warf er sich in den vollen Strom des Menschenlebens und trug, wenn er importierte, die kostlichsten Bilder in seiner Seele, in denen sich jedes menschliche Empfinden von Sehnsucht und Schmerz bis zum neckischen Muthwillen schattenhaft verkörpern sollte. Wohl gab es Stunden, wo auch ihm der Ernst großer Herzens- und Schicksalsfragen nicht fern blieb. In solchen Stunden war er ein Mann, der strengsten Entzagung, des größten Opfers fähig; aber die Schatten schwanden rasch aus seiner sonnigen Seele hinweg. Vor mir liegt ein herrliches Blatt, der Spaziergang aus dem Faust, mit freundlichen Widmungsworten die mich an die wenigen unvergleichlichen Tage mahnen, an welchen ich nach seinem Fortgange von Greifswald mit ihm in Berlin zusammen war. Wer so auf dem vollen Menschenleben bedeutende Gestalten zu greifen und sie so sicher herzustellen weiß, der ist kein Wagner, aber ebenso wenig auch ein Faust, mit den zwei Seelen in der Brust.

Bei jenem Zusammensein, es war im Sommer 1867, zeigte Konewka mir ein noch unvollendetes Bild aus dem Sommernachtstraum, indem er scherzend bemerkte, er werde es erst fertig machen, wenn sein Geld zu Ende wäre. Später schickte er mir von Stuttgart aus, wohin er übergesiedelt war, das fertige Werk. Ganz dem Charakter der idealisch traumhaften Welt, welche Shakespeare hier ins Dasein gezaubert hat, entsprechend wandeln hier Konewka's Gestalten nicht auf dem festen Erdboden, sondern sie stehen, gehen, schweben oder ruhen auf Arabesken, wie sie selten reicher und geistvoller erfunden sind. So bildet auf einem der reizendsten Bildern, wo der neckische Puk die Else, welche ihm in anmutigster jugendlich knospender Gestalt entgegenschwiebt, anredet:

How now, spirit! wether wander gou?

die Arabeske eine Distel mit breiten, stacheligen Blättern, auf deren einem der liebliche Kobold auf einem Beine steht, das andere mit der

gebliebenen Millionen sind 25 Millionen den Münzanstalten zur Goldausprägung vorgeschossen worden, 52½ Millionen in inländischen Wechseln und londoner Wechseln einschließlich der in London einzufüllten Beträge angelegt, 28½ Millionen in Lombard-Darlehen und sächsischen Schatzanweisungen, während für 25½ Millionen Thaler Effekten angelauft sind. Mit der letzteren Anlage hat der Reichskanzler offenbar seine Befugnisse überschritten und den Beschlüssen des Reichstages in Bezug auf Bildung des Invalidenfonds vorgegriffen. Man hat sich zudem nicht damit begnügt, blos Staatspapiere anzukaufen, sondern auch zum Vortheile der Mittergutsbesitzer — den östlichen Provinzen für 5½ Millionen Thaler Pfandbriefe und außerdem für 9½ Millionen Eisenbahnprioritäten angekauft. Süddeutsche Effekten partizipieren an diesen Ankäufen mit 8 Millionen Gulden. — Die vorläufige Zurückbehaltung von 198 Millionen Thaler für das Reich wird in der Übersicht damit zu begründen gesucht, daß man diesen Betrag für das Reich noch im Jahre 1873 vorzulegen beabsichtige. Den Absichten des vorjährigen Gesetzes zuwider scheint also der Invalidenfonds nicht aus der letzten Milliarde gebildet werden, sondern der Vertheilung an die Einzelstaaten vorgehen zu sollen.

Der Kaiser hat dem Verein zur Errichtung eines Cornelius-Denkmales in Düsseldorf einen Beitrag von 700 Thlrn. gewährt.

Die japanische Botschaft wurde gestern vom Kaiser und der Kaiserin zu einer feierlichen Antrittsaudienz im Palais empfangen. Die Herren erschienen in europäischem Gala-Anzug und wurden in Hofequipagen von ihrem Hotel abgeholt. Fürst Bismarck wohnte der Audienz bei.

An Stelle des Kriegsministers v. Kamecke soll zum Chef des Ingenieurwesens der Gouverneur von Straßburg General v. Hartmann bestimmt sein, und an dessen Stelle General v. Kummer nach Straßburg versetzt werden.

Bekanntlich wurde seinerzeit die an der Universität zu Bonn bestehende Marianische Studenten-Kongregation durch ein Dekret des Kultusministers aufgehoben. Die saubere Gesellschaft hat sich aber zu helfen gewußt, und unter dem Titel einer „Akademiker-Sodalität“ wird, wie das „Jfrk. T.“ schreibt, das alte Geschäft der „Beförderung religiösen Lebens und sitteureinen Wandels“ lustig weiter betrieben; 140 Mitglieder sind bereits geworben und täglich strömen neue zu.

Zur Feier der Wiedergenugung des Kronprinzen fand gestern Abend im Saale des Architekten-Vereins, ein allgemeiner Kommerz-deutscher Corps-Studenten statt. Es hatten sich ungefähr 350 alte und junge Kommitonen zu der patriotischen Feier versammelt, und waren, mit alleiniger Ausnahme des in Straßburg seit Kurzem bestehenden Corps der Abenauer und der gleichfalls dem Kössener S. C. Verbande angehörenden Corps der schweizer Universitäten, sämtliche 62 Corps der deutschen Hochschule vertreten. Der Reichskanzler Fürst Bismarck hatte dem Komitee in einem verbindlichen Schreiben seinen Dank und das Bedauern ausgesprochen, durch Kränklichkeit an der persönlichen Theilnahme am Kommers verhindert zu sein. Seine beiden Söhne waren anwesend, ebenso wie die des Generals von Werder, alle vier alte Corps-Studenten. Als Ehrengäste hatten sich eingefunden der Rektor der Berliner Universität, Professor Dr. Gneist und der Polizei-Präsident von Madai. Der erste Salamander-Taft galt dem deutschen Kaiser; darauf hielt der Vorsitzende des Komites, exz. Chargirer des präsidentlichen Corps der Vandals, Studiosus Hartog, die auf die freudige Veranlassung des Festes bezügliche Eröffnungsrede und brachte in üblicher Salamander-Form den Taft auf den Kronprinzen aus. Professor Dr. Gneist hielt alsdann eine längere, die Bedeutung des Tales erörternde Gegenrede im Namen der Berliner Universität und schloß gleichfalls mit einem dreimaligen Hoch auf den Kronprinzen. Ein an denselben im Namen der Anwesenden von den Komitmitgliedern abgefaßtes Telegramm wurde verlesen und darauf nach Güntershausen abgefahnd. Es folgten noch mehrere Reden, Begrüßung der Gäste durch das Komitmitglied Dr. Schütz, Erwiederungen des Rektors und des Polizei-Präsidenten. Die Feier schloß mit dem „Landeskantor“.

Die in Broschürenform erschienenen Enthüllungen Laskers in Sachen Wagener's und des Eisenbahn-Konfessionswesens sollen demnächst ein Gegentheft erhalten. Wie das Fremdenblatt hält, soll schon in den nächsten Tagen eine von konservativer Seite ausgehende Broschüre erscheinen, welche dazu bestimmt ist, in einer spitzigem Polemik gegen Lasker, dessen Behauptungen und Anschuldigungen zu kritisieren und speziell die Konfessionierungsgeschichte der Linie Wangen-Könitz von anderer Seite zu beleuchten. Wie man hört, soll auch diese Vertheidigungsschrift eine Fülle athenmäßigen Materials enthal-

ten Hand haltend; hinter dem blutentragenden geraden Schaft der Distel schwungt sich die dorische Kante der Rose in schöner Linie, und oben erscheint das dritte der Symbole der drei Inselreiche, der Klee, dessen Blätter und Blüthen an hohen, geschmackvoll idealisierten Stengeln schwanken. Nur einmal, in einem Bilde zum vierten Alte, fehlt der lustige Arabeskenboden, dadurch verliert das Bild außerordentlich. Die nicht schwebenden, nicht schreitenden, die in der Luft hängenden Gestalten von Oberon und Titania machen einen beängstigenden Eindruck.

Gar mancher hat mir schon gegen Konewka's Silhouetten eingesworen, die Beschränkung auf den bloßen Schattenrik der Gestalten sei willkürlich und die Leistungen ihres Urhebers seien bloße Virtuosenkunststücke, keine Kunstwerke. Dagegen geht aus dem, was ich über Konewka's Entwicklungsgang mitgetheilt habe, hervor, daß ihm geradezu die Begabung, den Körper im Umriss zu sehen und von den inneren Contouren wie von den Farben zu abstrahiren angeboren war oder daß eine ursprünglich allgemeiner angelegte Gabe für Gestaltenerfassung frühzeitig diese ganz eigenartige Richtung genommen hat. So kann von Willkür nicht die Rede sein, in der Beschränkung aber, die für ihn kein war, zeigt sich nachher der Meister. Wir vermissen in diesen leeren schwarzen Gestalten nichts, denn wir sehen an alles Notwendige darin. Woher kommt das? Der Künstler führt den Augencontour so lebendig und so sicher, daß sich die inneren Linien für unsere Sehgewohnheit als notwendige Ergänzungen von selbst ergeben. Das ist das Geheimniß der gewaltigen, in England kaum minder als in Deutschland anerkannten Wirkung der Konewka'schen Schattenbilder.

Nun, da es sich an dem genialen Künstler erfüllt hat, daß der Götter Lieblinge früh dahingerafft werden, ein Raub der Morgenröthe, ercheint jedes noch aufgefundene Blatt, auf welchem Gestalten seiner Meisterhand leben, als ein unverhoffster und desto kostlicher Gewinn. Mit großer Freude begrüßen wir also die von Fritz Keppeler veranstaltete Publikation der „zerstörten Blätter“ von Paul Konewka, München, deren erstes Heft vor uns liegt. Das Heft enthält 4 kühne Bilder aus dem Don Quijote, in welchem der Humor des Künstlers mit dem Humor des Dichters den Wettkampf wagt. Der Kommentar ist von H. Stoil. Was die späteren Hefte bringen werden, wissen wir nicht, jedenfalls wird es nicht minder

sein, das für die weitere Entwicklung der ganzen Angelegenheit nicht ohne Interesse sein kann.

Der „St.-Anz.“ Nr. 62 veröffentlicht die Konzessions-Urkunde, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Eschhofen nach Camberg, sowie die selbstständige Einführung der linksmainischen Eisenbahn nach Frankfurt a. M., vom 24. Februar 1873, ferner die Alerhöchste Kabinetts-Ordres vom 20. Februar 1873, betreffend Ergänzung der Armee pro 1873/74.

**Glogau**, 11. März. Die Flemming'sche Druckerei hatte gestern sämtlichen Sezern gefindigt. Dieselben verlangten eine achtjährige Frist zur Erklärung über den Austritt aus dem Verbande und erklärten, als dies abgelehnt wurde, die Annahme der Kündigung und Verweigerung des Austritts aus dem Verbande. Es bleiben 4 Sezern und 2 Maschinenniederer. Das Erscheinen des „Niederschlesischen Anzeigers“ und der „landwirtschaftlichen Zeitung“ ist gesichert. (Schles. Btg.)

**Kassel**, 8. März. Gleichzeitig mit der Entscheidung des Kultusministers in Sachen des Metropolitans Bilmar in Melungen ist auch die in Sachen des Metropolitans Hoffmann in Helsberg erfolgt und zwar den „Hess. Bl.“ zufolge nicht blos in der Sache übereinstimmend, sondern auch in der Hauptfache ganz gleichlautend. Dieser Notiz fügen die „Hess. Bl.“ hinzu:

Nach der bisherigen Haltung Bilmars und Hoffmanns glauben wir annehmen zu dürfen, daß beide dieses Urtheil, nach welchem sie also, trotz ihres pflichtmäßigen, ihren Dienstfeinde getrennen Verhaltens, mit einer Amts-Suspension von beinahe 4 Jahren und einer Geldbuße von nahezu 1500 Thalern bestraft werden sollen, nicht anerkennen, sondern auf Grund ihres guten Rechtes gegen dasselbe protestiren und so, gestützt auf ihr gutes Gewissen, getrost den weiteren Schritten der Behörden entgegen werden.

Wenn das den Erfolg haben sollte, daß die beiden Herren sich weniger sollten, ihre Wiedereinsetzung in's Amt zu akzeptiren, weil diese ja auch in dem von ihnen angefochtenen Urtheil ausgesprochen ist, so könnte man mit ihrer Rentenz einstweilen ganz zufrieden sein.

**Aus Bayern**, 9. März. Vor dem niederbairischen Appellgerichte kam die Anklage gegen einen latiflischen Geistlichen, den Beauftragten H. Kochler von Zant, wegen Majestätsbeleidigung zur Verhandlung. Durch Urtheil des Gerichtshofes wurde der Angeklagte freigesprochen, da derselbe zur Zeit, als er die kritische Auferlegung lasse, der art betrunknen war, daß eine Unzurechnungsfähigkeit angenommen werden mußte.

**Aus dem Oberelsäß**, 6. März. Jetzt geht das Madonnenjahr auch bei uns im Oberelsäß wieder los. In Issenheim, Kanton Sulz, bei Gebweiler drängt sich, was von alten Weibern führt hat, in das Haus einer Witwe, welche weiß der Himmel wie — in den Besitz eines wunderbaren Muttergottesbildes gekommen sein soll. Alles liegt auf den Knien, Litancien werden abgebetet, Augen über Lügen unter das Volk gestreut, kür, die Epidemie scheint sich aus dem Weilerthal dorthin flüchten zu wollen. Zufällig ist Issenheim der Ort, wo das Jesuitennest in Anwendung des Reichsgesetzes ausgenommen wurde. Nur ein Jesuit weilt noch in der Nähe, der hochwürdige Pater Hassendorfer, dem bisher der Aufenthalt bei seinem Vater im nahen Rüssbach gestattet war. Daß dieser bei dem Issenheimer Wunder seine Hände im Spiel habe, wird Niemand glauben, der die Jesuiten kennt. In jedem Falle wird er sein Alibi nachweisen können. Alle diese Geschichten wären von der heiteren Seite aufzufassen, wenn sie nicht — worin sie sich alle gleichen — eine sehr wahrnehmbare politische Spur hätten. (Karl. Btg.)

### Österreich.

**West**, 8. März. Die Konservativen sind aus ihrer reservirten Haltung hervorgetreten und haben durch die letzten Neden Uermey's und Semper's in der Honvedebatte ihr Programm und gegeben. Vom Standpunkte dieser Partei aus war die Gelegenheit zur Entfaltung der konservativen Fahne mit Umstech gewählt. In der Honvedfrage konnten sie dem Volke schmeicheln, indem sie die Herrnigung der Geld- und Blutsteuer verlangten; sie konnten andererseits die Sympathien des starren Militarismus und jener Hofkreise gewinnen, denen eine ungarische Armee, sei es auch nur von Honveds, noch immer ein Dorn im Auge ist. Es ist bezeichnend, daß Baron Semper die Armeefrage zu seinem politischen Debüt auserwählt hat, wo er die gemeinsamen Interessen der Monarchie herübertrennen und indirekt auch den Grafen Andrássy angreifen konnte, dem die Entwicklung der Honvedarmee bekanntlich sehr ans Herz gewachsen ist. Durch die Reden der konservativen Wortführer ist es nun festgestellt, daß die konservative Fraktion auch in Bezug auf die staatsrechtlichen Grundlagen von der eigentlichen Deakpartei sich unterscheidet. Die politische Seite des Kampfes, in welchem die Konservativen die Honvedarmee zu einem

Schöneres sein und von den Worten eines Ferdinand Freiligrath und anderer unserer besten Dichter begleitet eine wertvolle Gabe für die dankbare Nation werden.

Adolph Brieber.

### Theater.

Herr Julius Jaffé eröffnete gestern sein Gastspiel auf dem städtischen Stadttheater mit der Partie des Franz Moor. Das Haus war leider nur schwach besucht, was sich wohl durch den Umstand erklärt, daß an denselben Abende die erste Soirée des Florentiner Quartette stattfand.

Nach diesem ersten Auftritt zu urtheilen, ist Herr Jaffé ein sehr intelligenter und technisch durchgebildeter Bühnendarsteller. Er verfügt über reiche natürliche Mittel und weiß dieselben aufs verständigste und wirksamste zu verwirken. Sein Franz Moor war in mehr als einer Hinsicht eine glänzende Leistung. Je schwieriger es ist, mit einer so bekannten, von allen Virtuosen gründlich ausgebeuteten Rolle neue Erfolge zu erzielen, desto mehr fallen dieselben in die Wagschale. Herr Jaffé zeigte überall das energische Bestreben, den Dichter treffend und bedeutsam zu interpretiren, nicht aber, was bei den meisten Virtuosen der Fall ist, sich von ihm zu entfernen. Das war Schiller's Franz Zug um Zug, und doch würde es dem Künstler nicht schwer geworden sein, uns auch einen Jaffé'schen Franz zu bieten. Ganz vorzüglich wurde das dämonische Element der Rolle veranschaulicht. Den Glanzpunkt der ganzen Darstellung aber bildete die große Szene zu Anfang des fünften Akts. Die Erzählung des entsetzlichen Traums und die Todesangst des Bösewichts, welche abzufürzen ihn doch die Freiheit verhindert, waren von gewaltiger Wirkung. Wir befremden gern, daß wir diese Momente der Rolle noch nicht besser verkörpert gesehen haben.

Von den einheimischen Mitwirkenden erwähnt erwarb sich der Darsteller des Karl Moor den meisten Beifall. Anfangs farblos, gelang es ihm im Verlauf des Abends, der Partie ein individuelles Gepräge zu geben. Daß Fräulein Szczepanska sich bereit finden ließ, den Kosinski zu spielen, verdient gewiß alle Anerkennung; im übrigen aber ist die Beziehung dieser Rolle mit einer Dame nicht gerade als glückliche Neuerung zu betrachten.

O. E.

zweiten Aufgebote der gemeinsamen Armee, zu einer Festungsbefreiung und Gendarmerie herabdrücken wollten, während die Linke gegen das Prinzip der gemeinsamen Armee ins Feld zog, wurde von der eigentlichen Deakpartei stillschweigend angehört, aber man müßte der Wahrheit unreu werden, wenn man behaupten wollte, die Konservativen hätten bei der Deakpartei die leiseste Sympathie gefunden. Im Geiste, die Rede Koloman Tisza's gegen Uermeyi erfreute sich auch der Zustimmung der Deakpartei, Tisza sagte unter Anderen: „Uermeyi will nur 100,000 Mann in der Honvedarmee haben, d. h. mit andern Worten, er will dieselbe der gemeinsamen Armee gänzlich unterordnen und dieser einfach eine zweite Reserve geben; damit hat er dem Militarismus zu Gefallen sprechen wollen. Wenn Uermeyi all das wegschaffen will, was manchen Kreisen unangenehm ist und was denselben — und zwar mit Unrecht — als Mangel unserer Loyalität erscheint, dann müßte man vor Allem die ungarische Verfassung abschaffen. Wer würde uns achten, wenn wir auch noch die wenigen Waffen, über welche wir verfügen — weil uns gewisse Kreise verdächtigen — ihnen in die Hände liefern, um sie zu beruhigen; wir dürfen Ungarns Ruhe und seinen Bestand nicht um den Preis der Ruhe jener Kreise verkaufen.“ (Nat. B.)

### Frankreich.

**Paris**, 10. März. Der Gesetzentwurf des Dreihagerausschusses beschäftigt nun schon wieder 8 Tage lang die Nationalversammlung, und schwiegt seit seinem ersten Erscheinen nun schon 14 Wochen als schwarze Wolke über dem Lande, das vom ersten Tage an bis zum heutigen diesem Gezänk und Ränkespiele der Parteien mit Wohlmut und Kälte zugesehen hat. Und immer neue Hindernisse bereiten die Legitimisten der Festigung der Ruhe und der Begründung der Macht des Präsidenten der Republik. Gewonnen wurde bei dieser Komödie auf keiner Seite etwas, verloren aber haben die Legitimisten an politischem Ansehen ganz bedeutend: ihre Ohnmacht, etwas zu schaffen, ihre Vorurtheil, ihre Händelnsucht und ihre Unfähigkeit ist weltfändig geworden. Auch die Orleanisten haben kaum besser operirt, jetzt aber sind sie daran, sich in die Regierung zu schleichen, um dann bei guter Gelegenheit die lachenden Erben des „kleinen Thiers“ zu spielen. Die Ministerposten, nach denen sie jetzt trachten, sollen der Lohn für die Unterstützung sein, die sie Thiers bei den letzten Abstimmungen geleistet haben. So laufen denn auch schon Gerüchte über eine Ministerkrise um. Jules Simon, Leon Say, Remusat, Trisserenc de Bort hätten ihre Entlassung angeboten; Herr Thiers habe Aufschub bis zur Beendigung der Debatte über die Dreihagerkommission verlangt. Momentan Remusat soll auf dem Rücktritt bestehen, Dufaure die Kandidatur des Herzogs von Broglie für Neueres unterstützen. Der „Soleil“, Organ der Prinzen von Orleans, gibt heute einen Aufschluß über die Stellung, welche die Orleanisten in Zukunft einzunehmen gedenken.

Was haben wir gethan? — so sagt sein Director Herve — „Genau das, was wir unter dem Kaiserreich gethan haben und das wir unter einer jeder thatfächlichen Regierung wieder thun werden. Wir waren keine Imperialisten, und doch gewährten wir dem Kaiserreich, als dieses liberal werden wollte, unsere sehr aufrichtige Unterstützung. Wir sind keine Republikaner, und ungeachtet dessen lassen wir der gegenwärtigen Regierung im Augenblick, wo sie konservativ wird, unsere Unterstützung zufließen. Sind wir bei dieser neuen Gelegenheit die Betrogenen, wie wir es früher sein konnten? In einem solchen Fall ziehen wir die Nasse von Betrogenen der des Betrügers vor. Unsere Lage ist keine so einfache, wie die der äußersten Parteien. Sie haben das Recht, unverhütlös zu sein: sie glauben im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Ihre politische Meinungen sind Dogmen für sie. Es ist natürlich, daß man ein Dogma über Alles, selbst über sein Land stellt. Wir dagegen haben nur politische Vorlieben, und wir verlangen sie nicht; aber wir sind weit davon entfernt, zu behaupten, daß alles vor ihnen zurück weichen müßt. Wir sind im Gegenheil bereit, entweder vor dem wohl festgestellten Interesse des Landes oder vor seinem frei und gesetzlich ausgedrückten Willen nachzugeben. Die Natur unserer Meinungen macht, daß wir die Linke der Monarchie und die Rechte der Republik sein können. Sie ist auch die Ursache, daß weder die Republik noch die Monarchie uns entbehren können. Wir sind für die eine wie für die andere ein unumgänglich notwendiger Ballast, ein notwendiges Gegen gewicht. Ohne dieses Gegengewicht wird die Monarchie in dem ausgefahrenen Wege um und die Republik flücht in den Abgrund der Linken.“ Die fühne, zuverlässliche Sprache, welche der Soleil seit einigen Tagen führt, flößt den republikanischen und legitimistischen Blättern Verwirrung ein.

Die Stimmung unter den pariser Arbeitern ist im Augen-

### Zur Lebensgeschichte einer Königin.

Der lisaboner Korrespondent der „Daily News“ erzählt folgende Anecdote von der Gemahlin des Erkönigs Amadeo von Spanien. Die Dame, sagt er, war von ihrer Kindheit an entschlossen, eine Königin zu werden. Ein Staatsmann von weltweitem Ruf erzählte mir, daß ihr, als sie ein kleines Mädchen war, der Kopf verdreht wurde, indem sie die Kaiserin Eugenie in all dem Glanze kaiserlichen Gepränges der Eröffnung der Kabinettbewohner sah. Die zukünftige Königin von Spanien war damals ein Böbling in dem Kloster Sacre Coer in Paris. Als sie einigen Nonnen den blendenden Raum, den sie gesehen hatte, beschrieb, wurde sie unterrichtet, daß Fr. de Montbo von Kindheit an der heiligen Jungfrau gewidmet und eine fromme Verehrerin derselben war, die sie für ihre Frömmigkeit mit einer Krone belohnte, am folgenden Sonntag speiste die jugendliche Prinzessin Della Cisterna im Hause des Staatsmannes, der mir diese Details mittheilte: „Nun meine kleine Freundin“, — sagte er zu ihr beim Dessert — „ich sehe, daß Sie, sowie die Kaiserin, eine helle Belohnung verdienen, da die Schwester Ihnen eine Medaille für gute Aufführung verliehen haben.“ „Es ist kein Preis“ — antwortete das Kind — „es ist eine Medaille zu Ehren von Notre Dame des Victoires. Sie wissen, daß sie meine Patronin ist. Ich bitte nach ihr Maria Victoria.“ „In der That, eine solch mächtige Bathin sollte Ihnen Parmanie Präsidente senden.“ „Freilich. Wissen Sie, um was ich sie aehnen habe?“ „Um die größte Ruppe, die je gekauft wurde?“ „Nein.“ „Nun dann, eine Krippe mit dem Bambino, den Schafen, Engeln, den lieben Weisen und Obigen.“ „Oh Unser! Wir haben eine Menge Krippen im Kloster, ich habe sie satt; ich habe die Jungfrau gebeten, mir die Hälfte ihrer Krone, oder eine ganze königliche zu beschaffen. Sie wissen, sie gab der Kaiserin, die nur eine kleine spanische Gräfin war, eine Kaiserkrone — die Nonnen sagen, die schönste Krone der Welt. Was könnte und sollte thun für eine Prinzessin Della Cisterna, die nach ihr benannt ist?“ — Die heilige Jungfrau hat freilich die Bitte des Kindes erhört, aber was kann sie dafür, daß die spanischen Republikaner so harinägige Leute sind!

\* **Bankier und Virtuose.** Zu dem Klaviervirtuosen Josephy kam vor einigen Tagen der Bankier M-, um denselben aufzufordern, an einem Abend, den er zu einem großen Souper nebst Ball bestimmt habe, einige seiner Meisterstücke vorzutragen. Der Künstler war überrascht und fragte, wie der ihm fremde Mann dazu komme, ihm ein solches Gastspiel anzumuthen. „Sie dürfen ruhig sein“, beschwichtigte ihn der Mann, „zum Tanz kommt ein anderer Flügelspieler.“ Herr Josephy hat trotzdem auf die Ehre verzichtet, den Kreis des Herrn M. zu entzücken.

blick keine gute. Ein großer Theil derselben ist nämlich seit längerer Zeit unbeschäftigt und befindet sich in großem Elend; sie beschuldigen die Royalisten, an dieser Lage allein die Schuld zu tragen, da sie Alles aufbieten, damit die Geschäfte nicht gehen, weil sie sie ausbuhern und zur Kapitulation zwingen wollen. Der größte Theil der Arbeiter hat in Folge dessen aber nur noch eine höhere Wuth über die Royalisten. Viele sind aber auch mürbe geworden und auf dem Punkte angelangt, wohin sie die Royalisten bringen wollten, d. h. sie sind nicht abgeneigt, zu kapituliren.

Vor dem Assisenhofe von Bordeaux erschien heute Johannes Mano. Derselbe ist angeklagt, seine ganze Familie, nämlich Armand Mano und dessen Frau, seine Schwiegereltern, Jeanne Mano, seine Frau und seine beiden Kinder, Marie und Maria Mano, ermordet zu haben. Der alte Mano bewirtschaftete den Meierhof Tastons bei Barp und war ein allgemein geachteter Mann. Johannes Mano, ein Trunkenbold und Spieler, lebte in Unsritten mit ihm. Letzterer war Briefträger und versah seine Stelle zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten. Der Beweggrund zu seiner That scheint Nache gewesen zu sein' Mano, der bis jetzt seine vollständige Kaltblütigkeit bewahrte, leugnet, der Mörder zu sein.

### Italien.

In seiner Arede an die internationale Deputation von 147 Personen, die der Papst am 7. März empfing, ist Pius nicht aus dem gewohnten Kreise seiner Gedanken und Redensarten hinausgegangen. Nur an einer Stelle ließ er sich auf die Politik ein. Dieselbe lautete: „Folgendes ist überhaupt der Zweck, den gewisse Lenter der Gesellschaft sich vorsetzen. Sie möchten, daß der Clerus nach ihrer Façon erzogen werde. Sie möchten, daß die Priester von den Bischöfen und die Bischöfe vom Papste getrennt würden, sie möchten endlich, daß alle Regierungen einen gewissen byzantinischen Papismus und Cäesarismus wieder ins Leben riefen. Und das kann nie verwirklicht werden. Denn eben wie der byzantinische Cäesarismus Anfangs der Lächerlichkeit verfiel, und Gott ihn da durch die Hand der Ungläubigen zerstören wollte, ebenso wird vielleicht...“ Mit diesem furchtbaren „Vielleicht“ brach der Papst ab. Es versteht aber Jeder, daß nach dem Sinn des heil. Vaters „vielleicht“ irgend ein Steinchen, etwa Russland oder auch die Internationale, sich lösen wird, das dem Kolos die Füße zerschmettern soll. Vom Vatikan ist die Parole ausgegeben, soviel als irgend möglich auch italienischerseits in der Mermillod-Affaire Sturm zu blasen. So theilt die „Unita Cattolica“ eine lange Adresse mit, welche „Jünglinge“ von Bologna an den Generalvikar des Papstes gerichtet haben. Immer und immer wieder kommt das Blatt auf die bevorstehende Revolution zurück und widerlegt dadurch schlagend das neulich von einem Mitgliede der Zentrum-Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus gesallene Wort; die Religion verbiete dem Katholiken Revolution zu machen. Diesmal wird an die bevorstehende Dreikaiseraufzusammenkunft in Wien eine Revolutionsbetrachtung geknüpft: die Monarchenzusammenkünfte häufen sich jetzt, weil die ganze europäische Gesellschaft durch die immer mehr eindringende Demagogie in einen Vulkan verwandelt sei. Aber die Vorlehrungen derer, die die Völker regieren, helfen nichts mehr dagegen, im Gegenteil, sie bewirken nur, daß die Hand des Herrn noch schwerer auf den Völkern laste. Und vielleicht in einer nicht fernen Zukunft werde keiner der Repräsentanten der revolutionären Politik unserer Tage mehr übrig bleiben. Während so das turiner Organ Sr. Heil. etwas vorsichtig in den Ausdrücken, welche die Person des Kaisers betreffen, zu Werke geht, hat der Papst selbst sich dieser Tage nach der stets über alles Vatikanische ausgezeichnet unterrichteten „Gazetta d'Italia“, weit ungenauer vernehmen lassen. Der Papst ist wegen der bevorstehenden Überprüfung der bairischen Gesandten Grafen Tauffkirchen aufs Neuerste erbittert. „Alle diese Könige, alle diese Souveräne, rief er aus, die den Papst nicht unterstützen wollen, müssen fallen. Nieder mit all diesen Thronen! Vor der Wiederherstellung der Ordnung werden wir die Republik in ganz Europa haben, aber der Papst wird sich besser mit der Universal-Republik verständigen, als mit all diesen Marionetten-Monarchen und Regierungen.“ Natürlich ist der Graf Chambord von der Zahl der eben ihrer Throne verlustig erklärten Könige ausgenommen: er hat dem h. Vater gestern als eine kleine Morgengabe 10,000 Frs. in Gold überreichen lassen mit einer langen, wehmütigen Epistel, welche anhebt: „Dem ehrenwürdigsten Gefangenen des Vatikan der Verbannte des Hauses Frankreich.“

### Aufland und Polen.

**Petersburg**, 10. März. Die Ankunft des deutschen Kaisers ist endgültig für die erste Woche des Mai festgesetzt. Als Begleiter werden Fürst Bismarck und Graf Moltke genannt. Das Regiment „Preuß“ in Warschau hat bereits Befehl zum Aufbruch hierher erhalten. Man erwartet Mitte April die Ankunft des Shah's von Persien samt allen seinen Ministern und vierzig Hochwürdenträgern.

**Warschau**, 10. März. Erst jetzt erfährt man von wichtigen Konferenzen, die in der ersten Hälfte des Februar in der Angelegenheit des griechisch-unirten Ritus der helmer Diözese hier abgehalten wurden und die bisher in tiefer Geheimniß gehüllt waren. An denselben nahmen Theil der eigens zu diesem Zwecke aus Petersburg hier eingetroffene Minister der Volksaufklärung und Procurator des heiligen Synod Graf Tolstoy, die Civil-Gouverneure von Lublin und Podlachien, General Buckowski u. wirklicher Staatsrat Gromeka, der Administrator der helmer Diözese Popiel und der Prälat derselben Diözese Woicie. Es handelte sich bei diesen Konferenzen um Beschlusshaltung über Maßregeln, welche geeignet sind, die längst erstrebte Vereinigung der unirten helmer Diözese mit der orthodoxen Staatskirche, ungeachtet des Widerstandes eines Theils der unirten Geistlichkeit, recht bald zur Durchführung zu bringen. Beschllossen wurde u. A., die der Regierung anhänglichen Geistlichen dahin zu instruieren, daß sie durch ihren seelsorgerlichen Einfluß die unirte Bevölkerung dahin zu bestimmen haben, Unterhänigkeitsadressen an den Kaiser zu richten, worin sie um die Genehmigung zur Rückkehr in den Schooß der allein seligmachenden orthodoxen Kirche bitten. Solche Unterhänigkeits-Adressen sind in letzter Zeit schon mehrfach in der Diözese Chelm in Umlauf gesetzt worden; die geringe Zahl der erlangten Unterschriften hat es aber nicht räthlich erscheinen lassen, sie nach Petersburg abzusenden. Am eifrigsten wirken für die Loslösung der unirten Diözese Chelm von der römischen Kurie und ihre Wiedervereinigung mit der orthodoxen Kirche die zahlreichen aus Galizien herbeigezogenen ruthenischen Geistlichen, welche die umfangreichsten und einträchtigsten Pfarrstellen innehaben. Die einheimische Geistlichkeit, die zum Theil polnischer Abstammung ist und den polnisch-nationalen Tra-

ditionen anhängt, opponirt aus diesem Grunde mehr oder weniger offen und entschieden gegen die auf die Loslösung der Diözese von Rom gerichteten Bestrebungen der Regierung und wird deshalb von den Behörden scharf aufs Korn genommen. Neuerdings sind wieder sechs oppositionelle Pfarrer ihrer Stellen entsetzt und auf sechs Monate in die geistliche Strafanstalt in Radzanica gebracht worden, um durch die Zucht der russisch gesinnten Anstaltsaufseher bekehrt zu werden.

### Afrika.

Über die bevorstehende Reise des Shah von Persien nach Europa veröffentlicht die amtliche Zeitung von Teheran — es gibt deren auch dort — einen Artikel, in welchem diese Reise gleichsam motiviert wird.

Der Artikel betont, daß die asiatischen Völker bisher ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit in der Isolation gesucht und es vermieden hätten, mit anderen Nationen Verbindungen anzutun. Der großen Vortheile solcher habe man sich entschlagen, weil man sie nicht zu würdigen verstanden. Die Entwicklung aller Hilfsquellen des Landes, der Fortschritt der Künste, der Wissenschaft, die Ausdehnung des Handels habe demzufolge darunter leiden müssen. Ein Vorurtheil verbietet die asiatischen Fürsten ihre Staaten zu verlassen, wenn nicht an der Spitze eines Heeres. Aber dieser Umstand habe die asiatischen Muhammedaner zum Stillstand verurtheilt und bei ihnen jeden Gedanken an Fortschritt und Vervollkommenung erstickt. Das Blatt fügt hinzu: Die Thronbesteigung unseres Souveräns, Nasredin Shah, darf als ein Abschluß dieser Periode der Finsternis betrachtet werden. Persien habe jetzt freundliche Beziehungen mit Staaten angeknüpft, die den Persianern nicht einmal den Namen nach bekannt waren. Die Bemühungen des Shah würden nicht dabei stehen bleiben. Er selbst wolle der Vermittler des Fortschritts in seinen Staaten sein. Er wünsche die Souveräne Europas persönlich kennen zu lernen und die Regierungsmethoden zu studiren, welche so glückliche Resultate hervorbrachten. Die Repräsentanten der europäischen Mächte in Teheran hätten ihm den lebhaften Wunsch ihrer Souveräne ausgesprochen, ihn an ihren Höfen zu empfangen. Er werde mit Beginn des nächsten Jahres (28. Februar) Persien verlassen und nach einjähriger Abwesenheit zum Anfang des folgenden Jahres zurückkehren.

Es ist sicherlich nicht der geringste Umstand in der kulturhistorischen Bedeutung unserer Epoche, daß die Völker des fernen Asiens, in welchem die Wiege der Menschheit gestanden, beginnen, sich mit der europäischen Kultur zu befrieden, ja ihr nachzugehen und durch ihre Fürsten und große Gesandtschaften die Besuche erwidernd, welche die Flotten und Heere Europas zu verschiedenen Zeiten, wenn auch selten in freundlicher Mission, ihnen abgestattet haben.

### Amerika.

Die Folgen des bedauerlichen Wahlresultats in Louisiana zeigen sich immer mehr. Bereits ist es zu einem blutigen Zusammenstoß in New-Orleans gekommen. Am 5. d. M. versuchte die Miliz McEnery's die Polizeistation der Kellogg'schen Partei zu entreissen. Ein bitterer Kampf erfolgte und einer wurde getötet, zwölf verwundet. Die Miliz wurde zurückgeschlagen und die Truppen der Vereinigten Staaten mischten sich darein, um selbst die Polizeistation zu übernehmen. Hierauf zog sich die Miliz zurück und Alles wurde ruhig. McEnery erklärt, daß er diesen Zusammenstoß nicht autorisiert habe. Die Stadt ist, so wird aus New-Orleans vom 6. März telegraphirt, ruhig. Der Kommandant der Bundesstruppen hat angekündigt, daß er Befehl vom Präsidenten habe, einen Angriff auf die Regierung Kelloggs zu verhindern. Die Fusions-Legislatur protestirt gegen die militärische Einmischung und hat ihre Absicht erklärt, an den Kongress zu appelliren.

### Deutscher Reichstag.

#### 1. Sitzung.

**Berlin**, 12. März, 2 Uhr. Die Bänke des Hauses sind mäßig besetzt. Minister Dr. Falz hat seinen Platz in den Reihen der deutschen Reichspartei (der Freitonenpartei) genommen.

Präsident Simson übernimmt auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung den Vorsitz, beruft zu Schriftführern die Abg. v. Unruhe-Bomst, Eysoldt, v. Puttkamer (Sorau) und Dr. Lieber undtheilt ein Schreiben des Reichskanzlers mit, in welchem die seit Schluss der vorigen Session erledigten Mandate aufgezählt werden: in Preußen die Mandate der Abg. v. Leudell, v. Puttkamer, Graf Dohna-Rosenau, Böhmer, v. Patow, Graf Oppersdorf; in Bayern das Mandat des Abg. Gotsen; in Sachsen das des Abg. B. bel.; in Sachsen-Weimar das des Abg. Genast. Gewählt, resp. wiedergewählt sind in Preußen der Abg. Kaiser, v. Puttkamer und Minister Dr. Falz; in Bayern Petersen; in Sachsen und Sachsen-Weimar Bebel und Genast. Erfolgszahlen, die bereits bis zum Schlusse der vorigen Session bevorstanden, haben in den Reichstag geführt die Abg. Hirschius, Jarczenski und Weber.

Herner ist das Mandat des Abg. Grafen v. Arnim-Boizenburg erloschen, da er nach einer Befreiung an das Präsidium vom gestrigen Tage zum Bezirks-Präsidenten in Lüthringen ernannt ist.

Präsident Simson zeigt alsdann den Eingang folgender Vorschlägen an: 1) betreffend einige Abänderungen des Gesetzes vom 28. Oktober 1871 über das Post-Tarif-System im Gebiet des deutschen Reiches; 2) betreffend die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauch der Reichsverwaltung dienenden Gegenstände; 3) betreffend die dem Reichs-Oberbandsgericht gegen Rechtsanwälte und Advokaten zustehenden Disziplinarbefugnisse; 4) betreffend die Gründung und Verwaltung eines Reichs-Invalidenfonds nebst Motiven; 5) allgemeine Rechnungen über den Haushalt des norddeutschen Bundes für das zweite Semester des Jahres 1867, für das Jahr 1868 und 1869 nebst den dazu gehörigen Spezialrechnungen, Berichten und Bewertungen des Rechnungshofes; 6) eine am 29. Juli v. J. zu Versailles unterzeichnete Spezial-Konvention bezüglich der Rückzahlung der letzten drei am 2. März 1871 fälligen Milliarden der Kriegskontribution. Der Reichskanzler hat dieser Konvention einen vorläufigen Überblick über die aus den französischen Kriegskosten erfolgten Einzahlungen und über die Verwendung derselben beigelegt. Die erste der genannten Vorschlägen wird noch heute Abend vertheilt, die übrigen werden sofort zum Druck befördert.

Es erfolgt nunmehr die Verloosung der Mitglieder des Reichstages in die Abtheilungen und die Auszählung des Hauses durch Massenaufzuf, der die Anwesenheit von 184 Mitgliedern ergibt. Zur Beschlusshälfte gehören aber 192, die absolute Majorität von 385. Der Präsident setzt daher nach eigenem Ermeessen die nächste Sitzung auf Donnerstag 2 Uhr an. (Wahl der Präsidenten und Schriftführer für die Dauer der Session.)

### Parlamentarische Nachrichten.

□ In der am 11. d. M. abgehaltenen Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Gemeindewesen kam die Petition der ländlichen Besitzer des Kreises Kosten betreffend die Reformirung mehrerer die Rustikal-Besitzer belästigenden Verordnungen zur Beratung. Referent Witt. Bogdanow machte darauf aufmerksam, daß dieselbe in erfreulicher Einmuthigkeit der deutschen und polnischen Rustikal-Besitzer in einer Versammlung beschlossen und von vielen hundert Unterschriften beider Nationalitäten bedeckt sei. Er

beschwerte dringend die einzelnen Punkte der Petition soweit deren Abhilfe möglich sei in weiterer Ausführung im Interesse der Kräftigung und Erhaltung der baulichen Besitzungen. Der 1. Punkt betrifft die Wegegesetzgebung in der Provinz Posen:

Der Thatbestand ist kurz folgender. Durch wiederholte Entscheidungen des königlichen Obertribunals, so vom 17. Februar 1837, vom 5. Juni 1841 ist festgestellt, daß die polnischen Konstitutionen vom Jahre 1576 und 1754, sowie der Reichsschluß vom Jahre 1790, welche die Pflicht zur Unterhaltung der Wege, Dämme und Brücken den Dominien auflegen, ihre Geltung für das jetzige Großherzogthum Posen seit dem 1. September 1797 verloren haben. Es existirt demnach kein Provinzial-Gesetz oder besondere Wege-Ordnung für die Provinz Posen, welche nach § 15 des II. Theils, Titel 15 des allg. Landr. an Stelle der anderweitigen Bestimmungen dieses Titels treten können. Somit bleiben für die Provinz Posen in Betreff der Wegegesetzgebung nur die anderweitigen Bestimmungen des Titels 15 des II. Theils des allgemeinen Landrechts übrig, welche eine Heranziehung der Dominien und Städte zur Leistung von Hand- und Spanndiensten zur Instandhaltung der Landstraßen unmöglich machen und diese daher den Landgemeinden allein auferlegen. Es kommt nun noch Folgendes hinzu, um diese drückende Last den Landgemeinden vollends untraglich zu machen. In der Provinz Posen gibt es eine ganz außergewöhnlich große Zahl kleiner Städte, und da nach § 1 des Titel 15, Theil II. des allg. Landr. solche Straßen als Landstraßen zu betrachten sind, welche von einer Stadt, einem Post- oder Zollamt, entweder zu einem anderen, oder zu Meer- und Hauptströmen führen, so gibt es eine sehr große Zahl von Landstraßen, welche von den Städten und namentlich den anliegenden Dominien mit ihren schweren Holz-, Kohlen-, Kartoffel- und Spiritusfuhrern, bei der großen Zahl der technischen Gewerbe, welche auf denselben betrieben werden, ausgefahrene, und von den Landgemeinden durch Spann- und Handdienste wieder in Stand gesetzt werden müssen. Bei der großen Zahl der Dominien und der kleinen Zahl der dazwischen liegenden meist leistungsfähigen kleinen Landgemeinden müssen diese in fast erdrückender Weise oft aus meilenweiter Entfernung zu diesen Leistungen herangezogen werden.

Da bereits eine ähnliche Petition von anderen Landgemeinden der Provinz Posen am 17. Januar zur Beratung in der Kommission gelangt war, schloß sich die Kommission dem damals gefassten Beschlüsse an:

in Erwägung: daß die in der Petition geschilderten Missverhältnisse von der Art sind, daß eine baldige Abhilfe notwendig erscheint, die Petition der I. Staatsregierung zur Abhilfe im Wege der allgemeinen Wegegesetzgebung zu überweisen.

Den 2. Punkt betreffend die Regelung der Schulbeitragspflicht beschloß die Kommission der I. Staatsregierung zur baldigen Herbeiführung einer Ausgleichung der berechtigten Nebelstände, sowie als berücksichtigungswertes Material für das zu erlassende Unterrichtsgesetz zu überweisen. Beim 3. Punkt betreffend die weitere Ausdehnung der Provinzial-Landschaft auf die Rustikal-Besitzungen war beantragt worden, denselben der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Regierungskommissar erklärte, daß die neue Landschaft eine Korporation sei, die nicht gegen ihren Willen gezwungen werden könnte, die Beleibungsgrenze auch auf Güter unter 5000 Thlr. Wert auszudehnen. Beschlüsse die Landschaft dies selbst, so sei natürlich die Staatsregierung erst in der Lage, diesen Beschluß in Erwägung zu ziehen. Der Oberbürgermeister sei nun mit der Regierung zum Entschluß gekommen, um doch den Rustikalbesitzern zu helfen, die Provinzial-Hilfskäse nach dieser Seite hinzuzudehnen. Es schwiebert hierüber noch die Verhandlungen und würde wohl dem nächsten Provinzial-Landtag eine Vorlage darüber zugehen. Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf die Erklärung des Regierungskommissars über diesen 3. Punkt zur Tagesordnung überzugehen. Den 4. Punkt betreffend die Einschließung neuer Stufen in den bisherigen Klassesteuer-Einschätzungs-Tarif beschloß die Kommission durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Gesetzesvorlage über die Klasse- und Einkommensteuer für erledigt zu erklären.

Bei dem 5. Punkt endlich betreffend die Einführung der neuen Kreisordnung in dem Kreise Kosten war beantragt worden zu beschließen: Da nach § 182 der neuen Kreisordnung dieselbe in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Theilen für die ganze Provinz Posen oder für einzelne Kreise derselben durch königl. Verordnung in Kraft gesetzt werden kann, dies Petition insbesondere soweit es die Zusammensetzung des Kreistages betrifft (I. Abschnitt des 3. Theils § 84 und folgende der neuen Kreisordnung) der königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Der Reg.-Kommissar erklärte die Staatsregierung sei bereits damit beschäftigt zu prüfen in wie weit die neue Kreisordnung oder einzelne Theile derselben im die Kreise der Provinz Posen und somit auch in Kreise Kosten eingeführt werden kann, doch können natürlich darüber keine Beschlüsse gefasst werden ehe nicht der Provinzial-Landtag sich hierüber erklärt habe. Die Kommission beschloß mit Rücksicht darauf daß die Staatsregierung in Ausführung der Vorschrift des § 182 der neuen Kreisordnung prüfen wird, ob und in welchem Umfange die Kreisordnung in dem Kreise Kosten einzuführen sein wird, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

### Lokales und Provinzielles.

#### Posen, 13. März.

— Wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, hat das königl. Kreisgericht die vorläufige Beschlussnahme des „Kuryer poznański“ die wegen Veröffentlichung des Birkularschreibens des Erzbischofs Grafen Ledochowski an die Religionslehrer der höheren Unterrichtsanstalten erfolgt war, durch Beschluß vom heutigen Tage aufgehoben. Wie man hört, beabsichtigt die königliche Staatsanwaltschaft, gegen diesen Beschluß Berufung an die Appellinstanz einzulegen.

— In unserer Stadt besteht eine evangelische Diaconissen-Kranken-Anstalt, welche der Pflege der Kranken jeder Konfession und Nationalität gewidmet ist und auf diesem Gebiete weit über die Grenzen der Provinz hinausgehende gemeinnützige Erfolge erzielt hat. Wie wir aus guter Quelle hören, ist nun dieser Anstalt zum Zwecke der Beschaffung und Erweiterung ihrer Räumlichkeiten und der Vermehrung ihrer Mittel die Abhaltung einer Kollekte in den evangelischen Haushaltungen der alten Provinzen genehmigt worden.

(Fortsetzung in der Beilage.)

r. Prälat Kozmian hält am Sonnabend in der St. Martinskirche die Kredo bei dem Trauer-Gottesdienst, welcher zum Seelenheil des vor Kurzem in Rom verstorbenen Generals des Ordens der Auferstehungsbrüder, Hieron. Kastrowicz, abgehalten wird. Weihbischof Janiszewski zelebriert bei diesem Gottesdienste.

r. Im naturwissenschaftlichen Verein hielt am Montage Hr. Dr. Kusztel an einen Vortrag über „Elektrizität der Luft“, in welchem die früheren, so wie die gegenwärtigen Ansichten über das Wesen und die Entstehung der Gewitter erörtert, die Einwirkung derselben auf lebende Wesen erläutert und die Einrichtung der Blitzableiter besprochen wurde.

r. Im Verein Posener Lehrer hielt am vorigen Freitag Hr. Dr. Briege seinen zweiten Vortrag aus dem Gebiete der deutschen Literaturgeschichte, und sprach diesmal zunächst über die Vorläufer Klopstocks: Gotsched, Bodmer, Haller und Hagedorn, sowie über deren Bedeutung für Klopstock, sodann über diesen selbst und dessen Meßstade. Auch die Mitglieder des Vereins Posener Lehrerinnen, welche sich hier vor einiger Zeit unter Grundlegung der Statuten des Vereins Posener Lehrer behufs pädagogischer und wissenschaftlicher Fortbildung konstituiert hat, wohnten dem Vortrage bei. Der nächste Vortrag von Herrn Dr. Briege über Wieland findet Freitag, den 14. d. M., im Gemischen Auditorium der Realschule statt.

r. Im Handwerkerverein hielt am Montage Hr. Mechanikus Förster einen Vortrag über den Galvanismus, wobei er an die von Hrn. Direktor Harth eine Woche zuvor angestellten Experimente anknüpfte, dieselben erläuterte, und selbst eine Anzahl von wohlglücklichen Experimenten vorführte. Auch beantwortete derselbe eine Anzahl von Fragen physikalischen Inhalts, welche sich im Fragefassen vorgefunden hatten. Nächsten Sonnabend findet das letzte Kränzchen dieses Winters statt.

r. Dem Stiftungsfeste des Militär-Vereins, über das wir neulich berichteten, wohnte außer den genannten Ehrengästen auch der Herr Regierungspräsident v. Wegener bei. Uebrigens haben nicht, wie wir nächstjährlich erfahren, Mitglieder der Volksliedertafel, sondern Sänger des Militärvereins unter Leitung ihres Dirigenten die betreffenden Gesangsspiele vorgebracht.

O. Schrimm, 11. März. [Unglücksfälle. Posener Zeitung.] Am 9. d. M. erschöpft sich der Wirth Johann Kaleski in Zwollo-Hau-land. Man vermutet, daß das Motiv zu dieser That die Furcht vor seiner Verurtheilung gewesen sei. In Dombrówka-Hau-land fand ein gewisser Karl Jaensch seinen Tod im Wasser, ohne daß man weiß, ob er aus Versehen oder freiwillig hineingeraten ist. — Seit vorigem Monat erhält unsere Stadt die Posener Zeitung an denselben Tage der Ausgabe in Polen durch den zwischen Czempin und hier kursirenden Omnibus, welche Einrichtung von den Zeitungsbüchern mit Freuden begrüßt worden ist.

# Chodziezen, 11. März. [Neubesitzung. Schulen angeleitet.] An Stelle des Distriktskommissars Kleinfeld, welcher am 1. April in den Ruhestand tritt, wird das Distriktsamt der Hauptmann a. D. v. Urnau aus Westpreußen verwaltet. — Am vor. Mittwoch wählte die hies. jüdische Schulsozietät zum ersten Male direkt ihren Schulvorstand. Bisher wurde dieser Vorstand immer aus und von dem Repräsentantenkollegium gewählt. Nach einer im Dezember v. J. von der k. Regierung zu Bromberg erlassenen Instruction soll der Schulvorstand aber direkt von den Hausvätern der Schulsozietät gewählt werden, was denn auch jetzt geschehen ist. — In diesen Tagen hat die k. Regierung zu Bromberg, welche seit Anwesenheit des Herrn Ober-Regierungsrath Otto daselbst eine große Rücksicht entwölkt, an die Schulbehörde des Bezirks einen Normallektionssplan versandt. Die Stundenzahl der Woche soll in Oberklassen 32 und in Unterklassen 22 betragen. Wir bemerken dabei eine Abweichung von der Ministerialverfügung, welche den Oberklassen 30 Unterrichtsstunden vorschreibt. In Schulen, wo der Turnunterricht nicht von den betreffenden Lehrern selbst, sondern durch andere Lehrer ertheilt wird, sollen diese Turnstunden in die 32 Unterrichtsstunden des Lehrers nicht eingerechnet werden. — In unserer evangelischen Schule soll eine dritte Klasse eingerichtet werden, doch wird vor der Hand ein dritter Lehrer angestellt werden, wenigstens ist dies vor Michaelis d. J. nicht zu erwarten. Es kommt für diese Schule der § 4 der Ministerialverfügung v. 15. Oktober 1872 zur Anwendung, daß für die erste Klasse 28, für die zweite 24 und die dritte Klasse wöchentlich 12 Stunden angezeigt werden, in welche die beiden Lehrer sich kollegialtheittheiligen müssen. Diese Einrichtung ist in besagtem Erlass für alle 2 klassigen Schulen vorgeschrieben, deren Kinderzahl mehr als 120 beträgt.)

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Preußische Militär-Strafgerichts-Ordnung, nebst den die selbe ergänzenden, erläuternden und abändernden Gesetzen, Verordnungen, Erlaßten und allgemeinen Verfügungen. Zum Handgebrauch heraußgegeben von Eduard Klem, Königl. General-Auditeur der Armee. 19<sup>1/4</sup> Bog. gr. 8. geh. Preis 1 Thlr. 10 Sgr. Verlag der k. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Deker) in Berlin. Das preußische Militär-Strafgesetzbuch vom 3. April 1845 zerfällt in zwei Theile, von denen ein jeder für sich allein ein selbstständiges Ganzes bildet. Der erste, die materiellen Militär-Strafgesetze enthaltende Theil dieses Gesetzbuchs ist seit der am 1. Oktober 1872 erfolgten Einführung des Militär-Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich, mit Ausnahme einiger, die preußische Land-Gendarmerie und die Strafen für abwesende Deuterteure betreffenden Bestimmungen, außer Kraft gestellt. Der zweite, die Militär-Strafgerichts-Ordnung bildende Theil derselben, dagegen ist zwar in Geltung geblieben, hat aber seit dem Jahre 1845 und besonders seit dem Jahre 1867 manchmal und sehr erhebliche Änderungen erlitten. Eine neue Redaktion dieser Strafgerichtsordnung würde daher kaum zu umgehen sein, wenn nicht an entscheidender Stelle bereits beschlossen wäre, dieselbe nach Einführung einer allgemeinen deutschen Strafgerichtsordnung durch eine Militär-Strafgerichtsordnung für das deutsche Reich zu ersetzen. Voransichtlich wird dies jedoch erst nach einigen Jahren geschehen können, wenngleich zu der mit sehr großen Schwierigkeiten verbundenen Aufstellung eines vorläufigen Entwurfs einer solchen Militär-Strafgerichts-Ordnung schon in nächster Zeit geschritten werden soll. Inzwischen hat es sich mehr und mehr als eine praktische Bedürfnis herausgestellt, eine vollständige, leicht übersichtliche Darstellung der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung in ihrer heutigen Geltung zum Handgebrauch zu besitzen, da es sehr mühsam und zeitraubend ist, die in Ministerial-Verordnungsblättern und anderen Sammlungen ähnlicher Art enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Erlaßten und allgemeinen Verfügungen, welche einzelne Be-

stimmungen dieser Strafgerichtsordnung abändern oder erläutern, unter den übrigen dort abgebrückten Bestimmungen aufzufinden; außerdem aber auch nicht leicht mit Sicherheit sich beurtheilen läßt, inwiefern neuverordnet durch das Militär-Strafgesetzbuch für das deutsche Reich einzelne Bestimmungen der gedachten Strafgerichtsordnung modifiziert worden sind. Dem vorerwähnten präfatischen Bedürfnis zu entsprechen, ist der Zweck dieses Buches. Zur Veröffentlichung derselben hat noch besonders beigetragen, daß der ursprüngliche Geltungsbereich der preußischen Militär-Strafgerichts-Ordnung seit dem Jahre 1867 ungemein sich erweitert hat, indem derselbe jetzt auf das Gesamtgebiet des deutschen Bundes, mit alleiniger Ausnahme der Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen, sich erstreckt und die im Königreich Sachsen geltende, der preußischen nachgebildete Militär-Strafgerichts-Ordnung von den Änderungen einzelner Bestimmungen der ersten ebenfalls insoweit betroffen wird, als diese Änderungen auf gleichlautende Bestimmungen derselben sich beziehen. Den Inhalt dieses Buches bildet der mit Anmerkungen versehene Text der preußischen Militär-Strafgerichts-Ordnung nebst den dazu gehörigen Beilagen. Nur das die Beilage A. bildende Verzeichniß der zum preußischen Heere gehörenden Militärpersonen nach ihren Rang- und Dienstverhältnissen ist nicht in seiner ursprünglichen Fassung abgedruckt; vielmehr sind zur Erleichterung der Uebericht die in Folge neuerer Bestimmungen eingetretene Änderungen nebst der Klassifikation der zur Kaiserl. Marine gehörenden Militärpersonen in dieses Verzeichniß aufgenommen. — Beigesetzt sind ferner in chronologischer Reihenfolge die Gesetze, Verordnungen, Erlaßte und allgemeinen Verfügungen, welche die einzelnen Bestimmungen der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung ergänzen abändern oder erläutern.

\* Die am 8. März ausgegebene Nr. 10 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Die Banknotenfrage. Von H. B. von Unruh. — Das Verhältniß von Staat und Kirche in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Friedrich Kapp. (Schluß). — Die September-Erhebung und der Freistaat in Spanien. Von Karl Blum. III. — Literatur und Kunst: Allerhand Aufzeichnungen. Von D. F. Strauss. — „Was die Schwabefang“, Roman von Fr. Spielhagen. Besprochen von Paul Lindau. — Ueber Mundarten. Von Klaus Groth. — Aus der Hauptstadt: Von den Berliner Ausstellungen. Von Bruno Meyer. — Berliner Posse. Plauderei von H. Wilken. (Fortsetzung.) — Notizen. — Bibliographie. — Inferate.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Provinzial-Wechslerbank. Gestern Vormittag fand die erste ordentliche Generalversammlung der Provinzial-Wechslerbank statt. Der Geschäftsbericht, welcher nach Abrechnungen von ca. 17,000 Thalern und nach Dotirung des Reservfonds mit 15,000 Thlr. die Vertheilung einer Dividende von 5% Thlr. per Aktie gleich circa 7½ p.C. pro rata temporis festgesetzt, wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Bei der stattgehabten Neuwahl des Aufsichtsrathes wurden sämtliche Mitglieder derselben einstimmig wiedergewählt.

\*\* Preußische Boden-Kredit-Aktien-Bank. Der Abschluß der Bank gestaltet sich, wie zu erwarten war, sehr günstig; es werden bei einer Dotirung des Reservfonds mit 350 bis 370,000 Thlr. 25 p.C. Dividende, also 4 p.C. Zinsen und 21 p.C. Superdividende zur Vertheilung gelangen. Der Gesamtverdienst beläuft sich auf 35 p.C., doch war man in den Kreisen des Aufsichtsrathes einig, die Dividende nur in angegebener Höhe vorzuschlagen.

Königsberg i. Pr., 11. März. Die „Ostpr. Ztg.“ liefert eine Uebersicht über die Notstands-Darlehns-Angelegenheit und den Stand derselben im Regierungsbezirk Königsberg. Nach derselben wurden aufsatz des Gesetzes vom 23. Dezember 1867 im erwähnten Regierungsbezirk überhaupt an Darlehen 1,137,251 Thaler ausgegeben. Zurückgezahlt sind hierauf bis Ende des Jahres 1872: 793,565 Thlr. 3 Sgr. 5 Pf., niedergeschlagen 18,44 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf., also noch zurückzuzahlen: 325,271 Thlr. 12 Sgr. 1 Pf. Nach dem Gesetze vom 3. März 1868 wurden ferner im Regierungsbezirk Königsberg an Saatdarlehen total verausgabt: 1,179,367 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf. Hierzu sind bis Ende 1872 zurückgezahlt: 611,426 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf., niedergeschlagen: 36,697 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf., mithin sind noch zurückzuzahlen 531,243 Thlr. 17 Sgr. 11 Pf. Im Ganzen sind also im Regierungsbezirk Königsberg noch an Notstands-Darlehen 856,515 Thlr. zurückzuzahlen.

\*\* Das Geschäft der Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt hat im vergangenen Jahre einen Zuwachs erfahren, welcher sich auf 7,787,513 Thlr. Betrag der Versicherungskapital beläuft. Die gesamte in Kraft gewesene Versicherungssumme beträgt 103,846,096 Thlr. mit einer Prämien-Einnahme von 368,585 Thlr. Nach Besteitung der Ausgaben für Schäden und Verwaltungskosten verbleibt ein reiner Überschuß von 36,830 Thlr., welcher die Vertheilung einer Dividende von 10% an die Mitglieder gestattet. Der Reservefond der Feuer-Abteilung hat sich um 6,245 Thlr. vermehrt, und ist nunmehr auf 111,145 Thlr. angewachsen.

\*\* Berlin-Hamburger Bahn. Einnahme pr. Februar 1873 413,272 Thlr., gegen 1872 mehr 12,936 Thlr., Einnahme bis ultimo Februar 1873 885,775 Thlr., gegen denselben Zeitraum in 1872 mehr 77,995 Thlr.

\*\* Berlin-Stettiner Eisenbahn. I. Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard. Einnahme pro Febr. 1873 201,713 Thlr., gegen 1872 mehr 20,829 Thlr.; Einnahme bis ultimo Februar 1873 gegen das Vorjahr mehr 57,369 Thlr. II. Zweigbahn Stargard-Köslin-Kolberg. Einnahme pro Februar 1873 45,680 Thlr., gegen 1872 mehr 3497 Thlr.; Einnahme bis ultimo Februar 1873 gegen das Vorjahr mehr 16,12 Thlr. III. Zweigbahn Köslin-Danzig. Einnahme pro Februar 1873 27,272 Thlr., gegen 1872 weniger 15 Thlr.; Einnahme bis ultimo Februar 1873 gegen das Vorjahr mehr 6431 Thlr. IV. Pommersche Zweigbahnen. Einnahme pro Februar 1873 56,542 Thlr., gegen 1872 mehr 49,380 Thlr.; Einnahme bis ulti. Febr. 1873 gegen das Vorjahr mehr 15,275 Thlr.

\*\* Kaschau-Oderberger Bahn. Einnahme pro Februar 1873 fl. 170,980 gegen 1872 mehr fl. 96,004. Einnahme bis ultimo Februar 1873 fl. 321,243, gegen denselben Zeitraum in 1872 mehr fl. 169,720.

\*\* Transportwesen auf Eisenbahnen. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland-Westfalen hat an den Reichskanzler eine Petition gerichtet, deren Petition darin geht: „dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher Art. 422 Al. Nr. 3 und Al. 2 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, sowie die durch Art. 423 verfügte Anwendung der Art. 397 und 408 auf die Eisenbahnen außer Kraft

setzt und dafür dem Abschluß, welcher von dem Frachtgeschäfte der Eisenbahnen insbesondere handelt, die Bestimmung eingefügt, daß die Bahnen verpflichtet sind, alle ihnen im reibungslosen Verkehr angebotenen Güter anzunehmen und sicher und rechtzeitig abzuliefern, für den Fall der Annahmeverweigerung aber, sowie für verspätete Lieferung, auch nachdem das Gut von Seiten des Adressaten in Empfang genommen ist, Schadenerfalls zu leisten, sofern nicht höhere Gewalt und Unmöglichkeit durch richterliches Erkenntniß als Verhinderungsgrund festgestellt werden.

Berl. 11. März. Die ungarische Regierung beabsichtigt zum Anlauf und Ausbau der Ostbahn eine Prämien-Anleihe von 50 Millionen zu emittieren. — Der Verwaltungsrath der ungarisch-galizischen Eisenbahn wird in der Generalversammlung beantragen, daß befußt Declung unvorhergesehener Bedürfnisse ein Anteile von 3 Millionen aufgenommen werden.

Paris, 11. März. Die Handelskammer der pariser Banquiers ernannte zu Mitgliedern Derieu, Calou, Jaques Reinack u. a. um gegen den von der Regierung vorgelegten Handelsvertrag mit Belgien, also zu wenig für Frankreich günstig, remonstrirende Kollektivschritte zu thun.

### Briefkasten.

S. in R. Wir bitten Sie, die Sache für erledigt zu erachten.  
M. in E. Unmöglich.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wagner in Bözen.

### Angekommene Fremde vom 13. März

HOTEL DE ROME. (Julius Buckow.) Rittergutsbesitzer Lieutenant. Bardt a. Lubas, Graf Max Hobentohne a. Wien, Ingenieur Hartmann a. Wreschen, Oberförster Künzendorf a. Heiligenbeil, Fabrikant Kadelbach a. Marienwerder, die Kaufleute Heidemann und Rosenthal a. Berlin, Lange u. Müller a. Magdeburg, Max Eulenburg a. Hamburg, Petsch a. Stettin, Effenberger a. Frankfurt a. M. u. Erdhardt a. Breslau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Roland a. Berlin, Trumpe a. Bromberg und Müller aus Hamburg, Fabrikant Biefler a. Trepow, Pastor Grün a. Strelitz, Hauptmann a. D. Friedrich a. Magdeburg, Apotheker Schildner a. Erfurt, Generalagent Muse a. Berlin, die Gutsbesitzer Milchheim a. Frankfurt und Kravick a. Bolidow, Rittergutsbesitzer Graf Dunin u. Frau a. Pleßchen, Rentier Krust a. Lissa, Ingenieur Heinrich a. Brüx, Buchholz a. Stettin, Stefanek a. Leipzig, Inspektor Birde a. Wenkow, Zippner u. Frau a. Gnesen.

HOTEL L. & B. BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Jaueritz aus Torgowa Gurka, b. Skolnicki a. Niegow, Heinz u. Frau a. Kolatta, Goleš a. Szerke, Both a. Rohdau, Bokatsch a. Przybroda, Burghard a. Gurtatow, die Kaufleute Aschheim a. Berlin, Müller und Hauz und Schuster a. Stettin und Frau a. Kacarowska a. Glesce. — HOTEL IN DER DREI. Hoffstaufspieler Jäger aus Dresden, die Kaufl. Golderring aus Warschau, Lütke aus Düren, Oppenheim aus Hamburg, Hund aus Paris, Sober, Better und Karzig aus Breslau, Lottermann aus Berlin, Holzschuher aus Lauterbach aus Berlin, Major v. Helfeld aus Glogau, die Rittergutsbes. v. Laster aus Freiburg und Gildebrand aus Berlin, die Kaufl. Bender aus Berlin u. Kracht aus Hamburg.

GASTHOF ZU STADT LEIPZIG. M. Matuszewski aus Schmiegel, die Kaufl. Wollstein aus Buk u. Orcznicinski aus Berkow, Landwirth Palacz aus Dakow.

ECKER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOE. Die Kaufleute Ephraim aus Stettin, Feltner aus Meseritz, Kahl aus Stensdewo, Frankenberg aus Radziejewo, Löwisch aus Budewitz, Hirschberg aus Gnesen, Markuse aus Klecko, Gebr. Cohn aus Woldenberg, Wolfssohn aus Neustadt b. P., Stephan aus Schröda und Mottet aus Samter.

Die Deutsche Holz-Industrie-Gesellschaft ist auf der Basis eines Aktienkapitals von 300,000 Thlr. begründet worden und bezweckt die Fabrikation sämmtlicher Gegenstände des inneren Ausbaues von Wohngebäuden, als Thüren, Fenster, Patent- und Parquettefußböden, überhaupt aller derselben Gegenstände aus Holz, die in Massen fabrizirt und abgesetzt werden können. Die Gesellschaft hat zu diesem Zwecke die Bisch- und Rosenthal'sche Dampfzweidemühle zu Landsberg a. W. und das damit verbundene Holzgeschäft erworben und wird, ausgerüstet mit den vollkommenen Holzbearbeitungs-Maschinen, die Fabrikation vorerwähnter Gegenstände in der Art der schwedischen Holzfabriken, im ausgedehntesten Maße betreiben. Die erworbene Dampfzweidemühle in Landsberg a. W. liegt auf einem ca. 12 Morgen großen Territorium und wird von der einen Seite vom Bahnhof Landsberg der L. Ostbahn, von der anderen Seite von der Warte begrenzt. Sämmtliche aus Polen und Russland kommenden nach Liepë, Berlin ic. schwimmenden Hölzer passiren das Etablissement und gestalten die Besichtigung und den leichtesten und billigsten Ablauf dieser Hölzer, während die Schienentrennung der Ostbahn auf der anderen Seite des Etablissements zu der bequemsten und raschesten Ablauf der Fabrikate verbüffsen. Die Mühle ist mit den neuesten und besten Einrichtungen versehen und arbeitet jetzt mit drei Hollgattern, einem Horizontalgatter und zwei Kreissägen. Zwei Kalköfen, die mit gutem Nutzen arbeiten, gehören zur Mühle. Das mit der Mühle verbundene Holzgeschäft hat in Folge seiner günstigen Lage und sachgemäßen Leistung sehr beträchtliche Gewinne abgeworfen und wird mit seinen großen Beständen trockener Hölzer und aus seinen in unmittelbarer Nähe von Landsberg liegenden Forsten die Hölzer für die Mühle auf die billige Weise beschaffen. Der Aufsichtsrath der Gesellschaft besteht aus den Herren Dr. E. Eise, Geheimer Regierungsrath Fr. Balk, Generaldirektor der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbau a. A. Hanek, Bauinspektor M. Rosenthal, in Firma: Rosenthal u. Nahmacher, M. Engel, Banquier. Die Direktion haben die Herren S. Bauch und A. a. Siering übernommen. Die Aktien dieser Gesellschaft wurden am 10. d. an der Berliner Börse eingeführt und zum Kursie von 105—107 lebhaft gehandelt.

Der heutigen Nummer liegt ein Extra-Blatt bei, enthaltend Anerkennungen über die Heilwirkungen der Hoff'schen Malzpräparate bei Hämorrhoiden, Lungenerkrankungen, Magen- und Darmbeschwerden. — Verkauf bei den Herren Gebr. Lehner, Markt 91, und Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6.

Bur geställigen Beauftragung. Mein seit 3 Jahren hier befindliches Bier-Depot ist nicht Markt Nr. 4, sondern Markt Nr. 10. H. Fuchs, Bier-Depot, Markt Nr. 10, mit d. m. roh. Wagen. Für eine Fabrik aeth. Oele, Fruchtsäfte ic. wird ein fruchtiger Agent in hiesigen Plätze gesucht. Nur mit Referenzen verschene Offerten werden berücksichtigt unter S. 3. 403, an die Anno. e. n. Expedition von Haasen-stein & Vogler in Berlin.





Neuer Verlag von Theobald Griebe in Berlin.  
Die chemische Prüfung der künstlichen organischen Farbstoffe. Untersuchungen von Dr. Ferd. Springmühl. 20 Sgr.

Erste, ausführliche und auf eigenen Erfahrungen und Versuchen beruhende Abhandlung über Versalzungen und Prüfung des Anilin, der Anilinfarben, der Farbstoffe der Carbolsäure, des Naphthalen und des Anthracet etc.

Telegramme, Briefe und Postkarten, Buchstaben- und Zahlen-Syste

eme für dieselben von C. H. C. Krohn 2 Thaler.

Astronomische Encyclopaedie. Populärer Handwörterbuch nebst biographischen Nachweisen über sämtliche betr. Naturforscher.

Für Freunde der Himmelskunde allgemein verständlich bearbeitet von Dr. Herrmann J. Klein. Mit 58 Holzschnitten, 2 Thlr. 20 Sgr.

Auch in 10 Liefer. à 8 Sgr.

Erkenntnislehre der Schöpfung nach Grundsätzen der freien For-

schung und die Bedeutung dieser Lehre für die Ausbildung des Men-

schen. Der Auffassung jedes Gebildeten angemessen dargestellt. 2 Auf-

lage 3 Thaler.

Ein lebhaftes

Flaschenbier-Depot

in einer der größeren Städte der Provinz Posen soll unter laktionsfähiger Verwaltung oder zur selbstständigen Übernahme unter günstigen Bedingungen zum 1. Ap

er. übergeben werden. Käufer resp. Pächter wollen ihre Adressen sub

Chiffre Q. # 66 bei der Unionen-Expedition von G. L. Dauhe

u. Co. in Posen niederlegen.

Einen jungen Mann, beider Bandes

sprachen mächtig, sucht zum sofortigen

Eintritt

G. Laskowicz Nachfolger,

Kosten.

## Stellensuchenden

lann zum raschen und sicheren Einstieg unter die Commissarien fähiger Verwaltung oder zur selbstständigen Übernahme unter günstigen Bedingungen zum 1. Ap

er. übergeben werden. Käufer resp. Pächter wollen ihre Adressen sub

Chiffre Q. # 66 bei der Unionen-Expedition von G. L. Dauhe

u. Co. in Posen niederlegen.

Einen jungen Mann, beider Bandes

sprachen mächtig, sucht zum sofortigen

Eintritt

G. Laskowicz Nachfolger,

Kosten.

## Börsen-Telegramme.

Preuß. Lotterie-Loose lauft jeden Monat und zahlt für 1/15 Thlr. für 1/2 Thlr. für 1/4 Thlr. für 3 Thlr. aufgeld. August Froese in Danzig, Preuß. Lotterie-Compt. Seid. pr. Postmandat w. los. ausgezählt.

Es wohnt jetzt nicht mehr Nr. 4 Er ist in Frieden abgezogen mit dem sauren Bier Aus dem Fuchsbar ist er nun heraus Und gibt neben der Wolfschlucht einen großen Schmaus Zeit laßt in ihm u. Angst ihn weiter leben Der Kommissionstrath gab ihm seinen Segen Und will von oben unten nichts mehr geben.

Ein kleiner, schwarzer englischer Windhund ist verloren gegangen. Vor dem Ankauf desselben wird gewarnt. Abzugeben gegen Gratifikation bei Herrn E. Kurnatowski & Co.

Für die Mitglieder der Loge Montag, den 17. März:

Bessellige Zusammenkunft.

Neue Betschule.

Sonntags, d. n. 15. März, Vormittags: Vortrag des Herrn Prediger Salomon Plechner. Der Vorstand.

Spiritus (mit Saff) per 100 Liter — 10,000 p. G. alles). Gelungen 5000 Liter. Rendigungspreis 17. pr. März 17. April 17. Mai 18. Juni 18. Juli 18. August 18.

Deutsche Bonds

Posen. 3% pro. Pfandbr. 93 B

dito 4% pro. Pfandbr. 91 1/2 G

dito 4% pro. Rentenbr. 94 1/2 B

dito 4% pro. Prov.-Obl. 100 G

dito 4% pro. Kreis-Obl. 100 B

dito 4% pro. Kreis-Obl. 92 B

dito 4% pro. Stadtoblig. 88 1/2 G

dito 4% pro. Stadtoblig. 100 G

Kredit. — — — — —

Preuß. 4% pro. Konsole 96 1/2 B

dito 4% pro. Anleihe 91 1/2 B

Köln-Mind. 3% pro. Pr.-S. — — —

Ausländische Bonds

Amer. 4% pro. 1882 Bonds 96 1/2 G

dito ditto 1885 Bonds — —

Dekker. Papier-Rente 68 G

dito Silberrente 64 1/2 G

dito Böse von 1860 64 B

Italienisch. Rente 64 B

Russisch-engl. 1870er Anl. 64 B

dito ditto 1871er Anl. 90 1/2 G

Russ. Bodencredit-Pfr. 90 1/2 G

Pola. Liquid. Pfandbr. 52 1/2 B

Cörel. 1866 4% pro. Anl. 64 B

dito 1869 4% pro. Anl. 64 B

Türk. Löse 82 1/2 G

Russische Noten 82 1/2 G

Österreichische Noten — — —

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein 160 G

dito Bank — — —

dito Produkten-Handel. 66 1/2 G

Großauer. Diskontbank — — —

Berliner Disk.-Kommd. 136 1/2 G

Central-Geno.-Bank — — —

Deutsch. Hyp. Bl. Berlin — — —

Centralb. f. Ind. u. Hand 95 G

Kreditk. Bank f. Hdw. — — —

Meiningen Kreditbank 208 1/2 B

Deutsch. Kredit 100 1/2 B

Östdeutsche Bank 100 1/2 B

Industrie-Aktien.

Marienhütte 138 1/2 G

Kedenhütte — — —

Berl. Holzkomptoir 116 1/2 G

Berl. Viehhof — — —

Hoffmann Waggonfabr. — — —

Lauchhammer 115 1/2 G

Pos. Bierbrauerei 100 G

Laurahütte — — —

Produktien-Börse.

Magdeburg, 11. März. Weizen 78—82 R. Roggen 57—61 R.

Gefüre 56—76 R. Hafer 46—50 R. für 2000 Pfld. (B. u. Hdls. B.)

Königsberg, 11. März. (Amlicher Produktienbericht. In Quantitäten

vor Tonne von 2000 Pfld. G. beladen.) Weizen loko fest, hochbunter 88

R. B. bunter 75—83 R. B. rother 75—82 R. B. — Roggen be-

hauptet, loko inländ. 47—52 R. B. loko russischer 45—50 R. B. pr. Frühjahr

60 R. B. 49 1/2 G. Mai-Juni 50 R. B. 49 1/2 G. — Gefüre loko grobe 42—52

R. B. kleine 42—50 R. B. — Hafer flau loko 23—40 R. B. pr. Früh. 40 R. B.

39 G. — Erbsen — , loko weiße 43—46 R. B. — Weizen flau loko 20—40 R. B.

42—48 R. — Bohnen loko 40—46 R. B. — Weizen flau loko 20—40 R. B.

— Weizen flau loko 78—90 R. B. mittel 65—78 R. B. ordin.

45—55 R. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfld. 90—100 R. B. — Kleesaat

schwer verläufig. loko rotete pro 200 Pfld. — R. B. weisse — R. B. — Chymo-

thium loko pro 200 Pfld. 18—22 R. B. — Rübsel loko pro 100 Pfld. ohne Sah

114 R. B. — Rünsel loko pro 100 Pfld. ohne Sah 12 1/2 R. B. — Rücksuchen

pro 100 Pfld. 2 1/2—2 1/2 R. B. — Rücksuchen pro 100 Pfld. 2 1/2—2 1/2 R. B.

(R. B.)

Gießen, 12. März. (Amlicher Bericht.) Wetter: veränderlich. + 4° R.

Barometer 27.8. Wind: S.D. — Weizen etwas höher bezahlt, p. 2000 Pfld.

loto gelber geringer 45—60 R. besser 65—76 R. B. seiner bis 84 R. B. März

loto 84 R. B. nom. Frühjahr 84 1/2, 85 1/2 R. B. — Roggen etwas

höher bezahlt, p. 2000 Pfld. loto geringer 50—54 R. B. seiner bis 56 R. B. nom.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Frühjahr 54 1/2 nom. Frühjahr 54 1/2, 55 1/2 R. B. B. u. G. Mai-Juni 54 R. B.

Fr